

Nordenstadt-Nachrichten

10. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

Jan./Febr./März 1986

Systemveränderer am Werk?



§ 116 Arbeitsförderungsgesetz soll verändert werden. "Weil die Arbeitslosenversicherung keine Streikkasse der Gewerkschaften sei, weil die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit im Arbeitskampf wirklich garantiert werden muß."

Viele solcher Argumente ließen sich noch aufführen, die zur Zeit in großer Einmütigkeit von Arbeitgeberseite und Bundesregierung unters Volk gebracht werden.

Was steckt dahinter? Worum geht es? Mit dieser Problematik hat sich die Mitgliederversammlung der SPD Nordenstadt im März beschäftigt. Sie hatte dazu einen kompetenten Gesprächspartner eingeladen: Bernhard WURL, Gewerkschaftssekretär beim Vorstand der IG-Metall und als Leiter der Abteilung Betriebsräte sehr eng mit der Auseinandersetzung der Gewerkschafter vor Ort befaßt.

Welche Bedeutung hat der Kampf gegen die Änderung dieses § 116? Erstens, wollen die Arbeitgeber damit die dauerhafte Kampfunfähigkeit nicht nur, aber vor allem der IG Metall, auf tarifpolitischem Gebiet erreichen.

Zweitens, wollen die politischen Verbündeten der Arbeitgeber - die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien - die stärkste gesellschaftspolitische Gegenmacht ausschalten, weil sie ein Hindernis darstellt bei der Umwandlung des Sozialstaates in einen Unternehmerstaat.

250 Änderungen sozial- und steuerrechtlicher Bestimmungen haben seit 1981 dem "sozialen Konsens" in unserer Gesellschaft tiefe Risse zugefügt. 210 Mrd. DM sind nach einer Untersuchung des Seminars für Sozialpolitik der Universität Köln seither zu Lasten der kleinen Leute - aber zugunsten von Unternehmern und Besserverdienenden sowie zur Entlastung des Staates umverteilt worden.

Gegen diese "Systemveränderer" aus den Reihen der Arbeitgeberverbände, der FDP und der CDU/CSU-Fraktion, die die Streikfähigkeit der Gewerkschaften beseitigen und damit faktisch das grundgesetzlich garantierte Streikrecht außer Kraft setzen wollen, gilt der Kampf der Arbeitnehmer und Gewerkschaften.

Diese "Systemveränderung" läßt sich auch nicht durch die rhetorische Fähigkeit eines "Arbeits"(?)-Ministers Blüm ▶

INTEGRIERTE GESAMTSCHULE

Eine politisch bedeutsame Entscheidung wurde im Zusammenhang mit der Festlegung der Förderstufenstandorte im Schulbereich Wiesbaden getroffen. Die Lehrkräfte der Helene-Lange-Schule haben mit einer 3/4 Mehrheit und der zuständige Schulelternbeirat mit nur zwei Gegenstimmen die Umwandlung des Mittelstufengymnasiums in eine integrierte Gesamtschule mit Förderstufe beschlossen. Am 6.2.1986 hat die Stadtverordnetenversammlung über den Antrag der Schule entschieden. Damit wird die Helene-Lange-Schule die erste integrierte Gesamtschule in der Innenstadt sein und das Schulangebot in Wiesbaden um eine attraktive Alternative bereichern.

Die Helene-Lange-Schule wird die Fehler einiger frühen Integrierten Gesamtschulen vermeiden, die Vorzüge der guten Integrierten Gesamtschulen in Hessen übernehmen und bewährte Traditionen des Gymnasiums fortführen. Wichtigster Grundsatz für die neue Schule ist die Überschaubarkeit. Jeder Jahrgang wird nicht mehr als 100 Schüler haben, die Schule insgesamt maximal 600 Schüler statt wie bisher 750 Schüler.

Die 100 Schüler eines Jahrgangs, die sich auf vier Parallelklassen verteilen, bilden eine Einheit - eine "Schule in der Schule". Jeder Jahrgang erhält einen deutlich von der übrigen Schule abgegrenzten räumlichen Bereich. Dazu gehören vier Klassenzimmer, ein großer zusätzlicher Raum für jahrgangsübergreifende Aktivitäten, ein kleines Lehrerzimmer und natürlich ein Flur. Die Schüler gestalten ihre Räume selbst aus und übernehmen Verantwortung dafür. Schule wird so zu einem Stück Heimat.

Der Unterricht im Jahrgang wird von einem kleinen Team von Lehrern erteilt, die mit möglichst vielen Stunden nur in diesem Jahrgang unterrichten. Dadurch können die Lehrer eng zusammenarbeiten, und sie lernen ihre Schüler mit allen ihren Begabungen gut kennen. Diese festen und dauerhaften Beziehungen zu wenigen Lehrern geben den Schülern Vertrauen und ermutigen sie zu neuen "Lernabenteuern". ▶

► Systemveränderer am Werk?

kaschieren. Es ist nämlich nicht wahr, daß es nur um eine Klarstellung bei der beabsichtigten Änderung des § 116 geht. Wahr ist:

Die uferlose Unschärfe der angeblichen Klarstellung bedeutet das Gegenteil von Rechtssicherheit und Rechtsklarheit. Es ist auch nicht wahr, daß die Bundesregierung "nicht daran denkt, (hier) die Gewichte zu verschieben und die eine oder andere Seite zu schwächen", wie sie in der Begründung ihres Gesetzesentwurfs behauptet.

Wahr ist, daß nicht die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften, sondern die Unternehmer seit dem Ende des Arbeitskampfes 1984 nach einer Änderung des § 116 schreien. Das würden sie wohl nicht tun, wenn das zu ihren Ungunsten wäre.

Da wird auch immer behauptet, der Staat müsse seine Neutralität im Arbeitskampf "wieder herstellen". Aber der Staat war und ist nicht neutral - damals so wenig wie heute. Er war nicht neutral, als sein Regierungschef vor zwei Jahren die Forderung der IG-Metall nach Arbeitszeitverkürzung "dumm, absurd und töricht" nannte. Und er ist nicht neutral, weil sich die Bundesregierung im Streit um den § 116 offen auf die Seite der Arbeitgeber geschlagen hat. Die Bundesanstalt für Arbeit aber, die ist neutral - und das muß so bleiben!

Es ist das Geld der Arbeitnehmer, das dort verwaltet wird. Die Arbeitnehmer - und sie allein - zahlen Monat für Monat pünktlich ihre Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Damit versichern sich die Arbeitnehmer gegen das Risiko von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Das Kurzarbeitergeld ist also kein staatliches Almosen.

Jedenfalls "wäre die Nichtzahlung (von Kurzarbeitergeld) durch die Bundesanstalt eine Intervention zugunsten der Arbeitgeber, die mit dem Prinzip der Neutralität unvereinbar wäre", zu dieser Aussage kommt Prof. Ernst Benda, ehemals Präsident des Bundesverfassungsgerichts (und auch noch bekannt als ehemaliger CDU Innenminister).

Resümee der Mitgliederversammlung: es war wichtig und hochinteressant, in allen Einzelheiten die Problematik einer Veränderung des § 116 zu diskutieren. Die Systemveränderer kommen nicht von links, sondern sie sind bereits am Werk und sitzen in der Bundesregierung. Also es gilt auch heute noch der alte Spruch der Arbeiterbewegung: Nicht betteln, nicht bitten. Nur mutig gestritten! Nie kämpft es sich schlecht für Freiheit und Recht!

kk

► GESAMTSCHULE

Nicht nur der äußere Rahmen wird sich verändern, auch die Art des Lernens: Neben der gewohnten Form des Frontalunterrichts nach dem Schulbuch wird selbsttätiges forschendes Lernen einen breiten Raum einnehmen. Dabei werden begabte Schüler sehr viel anspruchsvoller und schneller arbeiten können als bisher, schwächere Schüler mit mehr Zeit und mehr Hilfe durch den Lehrer als bisher. Das vorwiegend theoretische und intellektuelle Lernen wird erweitert durch das praktische Lernen mit den Händen, dem Körper und allen Sinnen (Schulgarten, Theater, Druckerei). Dadurch macht Schule mehr Freude und der Lernstoff bleibt länger haften.



Um das Lernen mit "Kopf und Hand" noch einmal besonders zu betonen, hat die Schule einen Antrag auf Schulversuch gestellt. Er wird der Förderstufe der Helene-Lange-Schule eine eigene pädagogische Prägung geben.

Nach der Förderstufe gehen die Schüler in ihren vertrauten Klassenverbänden weiter in die Klasse 7 der Integrierten Gesamtschule. Damit ist die Helene-Lange-Schule in Zukunft die einzige Schule in Wiesbaden, wo Schüler durchgängig von Klasse 5 - 10 in demselben Klassenverband bleiben können. Erst danach trennen sich die Wege der Schü-

ler. Somit werden bis zur Klasse 10 für alle Schüler alle Schulabschlüsse und alle Berufswege offengehalten. Ohne Angst können Eltern und Kinder die Entwicklung abwarten.

Die Helene-Lange-Schule wird eine Schule, in der alle Kinder eines Jahrgangs miteinander lernen, aber auch leben können - ohne Verlust des bisherigen Leistungsniveaus.

In einer der nächsten Ausgaben der NORDENSTADT NACHRICHTEN wollen wir das Konzept der Hermann-Ehlers-Schule in Erbenheim vorstellen, das bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe leider noch nicht vorlag.

FUßGÄNGERAMPEL AM WALLAUER WEG

Seit geraumer Zeit steht die Fußgängerampel am Wallauer Weg. Sie sollte mit dazu beitragen, den Schulweg der nördliche des Wallauer Weges wohnenden Kinder sicherer zu machen. Wer meinte, daß nun die Überquerung dieser Straße für Fußgänger - insbesondere für Kinder - absolut sicher ist, der sieht sich getäuscht. Nicht selten beanspruchen Autofahrer(innen) das Recht des Stärkeren und fahren trotz Rotsignal weiter. Nicht nur, wenn weit und breit kein Fußgänger zu sehen ist, nein es ist auch schon vorgekommen, daß Fußgänger mit Kindern (sehr brutal) am Überqueren des Überweges gehindert wurden. Der nächstliegende Gedanke ist sicher, Hilfe bei der Polizei zu suchen. Jedoch: die Polizei sieht sich nicht in der Lage, durch eine Überwachung dieser Stelle Abhilfe zu schaffen. Das erscheint sicher nicht nur aus der Luft gegriffen, da die Polizei vielerorts gefordert ist. Vielleicht hilft ein Appell an die Verkehrsteilnehmer, sich verkehrsgerechter zu verhalten, wenn sie nicht die Anzeigen verärgelter Mitbürger billigend in Kauf nehmen wollen.

1a

Endlich

IST ES SOWEIT

Nach über einjährigen Planungs- und Umbauarbeiten soll die Kindertagesstätte Heerstraße am 1. April 1986 wieder ihre Pforten öffnen.

Wie wir bereits berichteten, wurde die Kindertagesstätte Heerstraße am 10. Dezember 1984 wegen Gefährdung der Gesundheit für Mitarbeiter und Kinder geschlossen.

Untersuchungen durch das Frauenhofer Institut, Braunschweig, und ein toxi-kologisches Gutachten von Professor Weitowitz (Universität Gießen) hatten ergeben, daß Chemikalien - hier vor allem die Konzentrationswirkung von PCB, Lindan und Formaldehyd, die zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen können - vor allem aus den Deckenbalken und der Holzverkleidung im Innenbereich in die Räume ausströmen.

Hier wurde auch zum ersten Mal deutlich, daß bei der Berücksichtigung von Grenzwerten der einzelnen chemischen Stoffe keinesfalls die zulässige maximale Arbeitsplatzkonzentration (MAK) als Maßstab angelegt werden kann. Gerade das Beispiel der Kindertagesstätte Heerstraße zeigte, daß die gesundheitsbeeinträchtigende Wirkung der festgestellten Stoffe nicht isoliert betrachtet werden kann.

Inzwischen wurden umfangreiche Umbauarbeiten vorgenommen. Die Dachbalkenkonstruktion wurde vollständig ausgetauscht und auch die Innenraumgestaltung im Elementarbereich wurde grundlegend verändert. Große Sorgfalt hat die Stadt Wiesbaden bei der Auswahl der jetzt verwendeten Materialien verwandt. So wurden die Holzteile vor ihrem Einbau bereits auf ihren Schadstoffgehalt durch das Frauenhofer Institut geprüft.

Auch bei der Innenraumgestaltung wurden in der Kindertagesstätte Heerstraße neue Wege beschritten. Aufgrund der Dachkonstruktion der einzelnen Gruppenräume war es möglich, eine zweite Spielebene (Podeste) einzubauen. Dies vergrößert nicht nur wesentlich das Raumangebot, sondern läßt auch eine andere pädagogische Arbeit zu. Der Umzug wieder in die alten bzw. neuen Räume soll mit einem Einweihungsfest am 26. April 1986 gebührend gefeiert werden.

Th. L.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Wolfgang Spangenberg, Fasanenweg 9

Redaktion:
Katrin Kiehne, Goethering 26
Annemone Lux, Flurstraße 10 a
Werner Wahler, Pommernstraße 45

Layout:
Sigurd Schneider, Pommernstraße 14
Eigendruck

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG DER SPD NORDENSTADT

Nordenstadts mitgliederstärkste Partei und nach der Kommunalwahl 1985 auch wieder stärkste politische Kraft in Nordenstadt rückt zusammen. Das ist das Fazit einer hervorragend gut besuchten Jahreshauptversammlung, die sehr harmonisch ablief.

Nach dem Bericht des Vorstandes, der Kassenprüfung und des Ortsvorstehers - Dr. Siegfried Brill - stand der Tagesordnungspunkt "Ehrung" an. Auf Vorschlag des Vorstandes wählten die Mitglieder einstimmig Willi Schumacher - von 1964 bis 1974 Vorsitzender der SPD-Nordenstadt -, wegen seiner herausragenden Verdienste für die SPD und für Nordenstadt zum Ehrenvorsitzenden.

Staatssekretär Paul Leo Giani, der die Ehrung vornahm, wies in seiner Laudatio darauf hin, daß dies eine höchst seltene Ehrung sei. Er erwähnte dabei auch, daß Willi Schumachers Vater einer der Gründungsväter der SPD-Nordenstadt vor 76 Jahren war. Staatssekretär Giani übergab Geschenke und eine Ehrenurkunde von Holger Börner und Willy Brandt.

In einem Antrag an den Parteitag der SPD-Wiesbaden fordert die Mitgliederversammlung den Magistrat der Stadt Wiesbaden auf, eine aus Fachleuten bestehende Arbeitsgruppe einzurichten, die alle Möglichkeiten ausschöpft, die Reaktivierung des Flugplatzes Erbenheim zu verhindern.

In einer Resolution begrüßt die SPD Nordenstadt den Beschluß des Lehrerkollegiums und des Schulleiternbeirates der Helene-Lange-Schule, die Förderstufe an dieser Schule einzurichten und sie ab 1988 als integrierte Gesamtschule weiterzuführen.

Der neu gewählte Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Wolfgang Spangenberg wurde erster Vorsitzender, zu seinen beiden Stellvertretern wurden Katrin Kiehne und Paul Hüllenhütter gewählt.

Für die Kasse sind Ursula Deininger und Wolfgang Herold zuständig. Als Schriftführer fungieren Anita Hebenstreit und Willi Herwig. Zu Beisitzern wurden gewählt: Nils Jensen, Dr. Siegfried Brill, Harald Schindler, Annemone Lux, Werner Wahler und Dr. Adolf Roth.



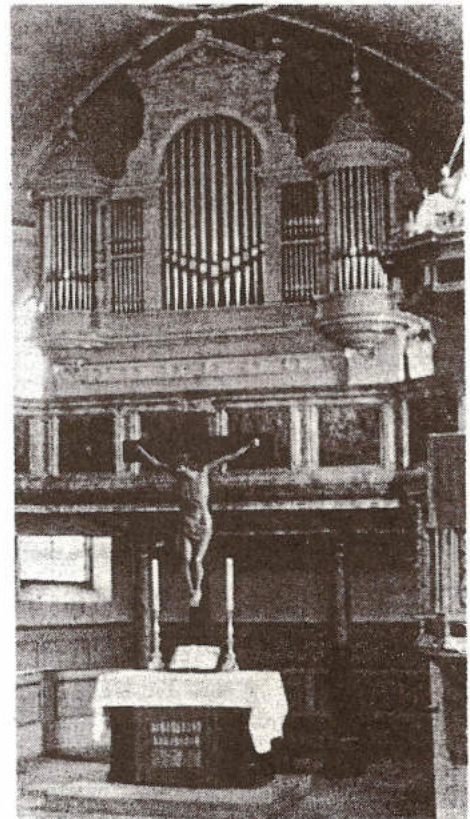
v.l.n.r.: Katrin Kiene,
Paul Leo Giani, Willi Schumacher,
Wolfgang Spangenberg,
Siegfried Brill

100 JAHRE NORDENSTADTER ORGEL

Ein seltenes Jubiläum wurde im Februar in Nordenstadt gefeiert, nämlich der 100. Geburtstag der Orgel in der evangelischen Kirche, die am 12.2.1886 eingeweiht worden ist. Früher stand auf diesem Platz eine Orgel aus der Barockzeit. 1885 wurde diese alte Orgel jedoch aus der Kirche in Nordenstadt entfernt und an die Kirche von Wildsachsen verschenkt, wo sie heute noch steht.

Die neue Orgel wurde von dem Orgelbauer Heinrich Voigt aus Igstadt gebaut. Sie hat 916 Orgelpfeifen, deren kleinste 4 cm mißt, die größte ist über 5 m lang. Sie mußte geknickt werden, damit sie überhaupt in die Orgel paßte. Die Orgelpfeifen sind je nach Klangfarbe aus Fichtenholz oder Zinn. Das war nicht immer so. Ungefähr 1917 sind die Zinnpfeifen der Orgel für die Rüstungsindustrie des 1. Weltkrieges eingeschmolzen worden und erst später durch Blechpfeifen, die mit Silberbronze eingepinselt waren, ersetzt worden. Da die Orgel im Laufe der Zeit immer störanfälliger wurde, stellte sich in den 70er Jahren die Frage nach der Anschaffung einer neuen Orgel oder der Restaurierung der alten Orgel. Der Kirchenvorstand beschloß auf Grund des Gutachtens eines Orgelsachverständigen die Restaurierung, die 1976 erfolgte. Im Rahmen dieser Restaurierung wurden auch die Blechpfeifen wieder durch Zinnpfeifen ersetzt.

So hat die evangelische Kirche in Nordenstadt eine selten gewordene Orgel aus der Zeit der Romantik. Orgelwerke aus dieser Zeit können fast original auf diesem Instrument gespielt werden.



Die evangelische Kirche feierte dieses Jubiläum mit einem Familiengottesdienst, einem Festgottesdienst unter Mitwirkung von R. Kost, G. Baer und G. Sieber, und einem Orgelkonzert, das der Kirchenmusikdirektor K.U. Luwig von der Lutherkirche gehalten hat.

A.L.

A 66 bleibt 4-Spurig!

Neugestaltung der Anschlußstelle Nordenstadt beschlossen / Autobahn bleibt vierspurig

Im Gegensatz sowohl zur Hessischen Landesregierung als auch zur SPD-Bundestagsfraktion sprachen sich die Mehrheitsfraktionen von SPD und Grünen im Wiesbadener Stadtparlament am 6.2.1986 gegen einen 6-spurigen Ausbau der Autobahn A 66 zwischen Wiesbaden-Erbenheim und dem Wiesbadener Kreuz aus. Sie forderten den Magistrat auf, im Planfeststellungsverfahren gegen den Ausbau Stellung zu nehmen und die Landesregierung von der Ablehnung zu unterrichten.

Ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion, mit dem der Magistrat beauftragt wird, ungeachtet der Ablehnung eines 6-spurigen Ausbaus, Verhandlungen mit dem Land Hessen aufzunehmen, um einen Ausbau des Knotenpunktes Nordenstadt-Delkenheim sicherzustellen, wurde mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. angenommen. Damit soll deutlich gemacht werden, daß Verkehrsberuhigung in Nordenstadt nicht isoliert betrachtet werden darf, sondern die Neugestaltung der Anschlußstelle als wichtiger Punkt in einem verkehrspolitischen Gesamtkonzept integriert gesehen werden muß.

Mit den 1986 beschlossenen Anträgen zur Gewerbegebietserweiterung mit Hauptschließungsstraße "Am grünen Weg" sowie der Verlängerung des Westrings bis zur Kreisstraße (K 663) und dem jetzigen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung,

die Anschlußstelle Nordenstadt der A 66 neu zu gestalten, ist eine von großen Teilen der Nordenstadter Bevölkerung mitgetragene Lösung auf den Weg gebracht worden. Sie berücksichtigt sowohl die Belange der Umwelt als auch die einer Wohnumfeldverbesserung.

Durch die Erschließungsstraße in der Gewerbegebietserweiterung und eine damit mögliche Schließung der Kreisstraße von der Siemens- bis zur Hunsrückstraße kann der Unfallschwerpunkt an der Kreuzung Kreis-/Hunsrückstraße/Ostring entschärft und eine Verkehrsbelastung (Verminderung der Lärmbelastung) für die Bewohner der Hochhäuser an der Kreisstraße erreicht werden. Außerdem tritt durch das vorfahrtsberechtigten Abbiegen in den Ostring und die mit einer Ampel versehenen Einmündung in die Hunsrückstraße eine Verkehrsberuhigung sowohl in der Hunsrück- als auch in der Stolbergerstraße ein. Durch den Anschluß der Gewerbegebiets-Erschließungsstraße an den Westring wird die dringend notwendige Verkehrsberuhigung und Verkehrssicherheit im Hessenring, in der Eichelhäherstraße und im Eichen-dorffweg erreicht.

SPD-Stadtverordneter

VOLKSBILDUNGSWERK

NORDENSTADT - ERBENHEIM - DELKENHEIM

Erfolgreicher Start des Frühjahrsprogramms 1986

Das VBW Nordenstadt-Erbenheim-Delkenheim konnte bei der Programmplanung des laufenden Frühjahrssemesters nicht nur auf Veranstaltungswünsche aus einer Hörerbefragung zurückgreifen, sondern erhielt auch Nachfragen zu bestimmten Kursen und Angeboten von Referenten zu speziellen Themenbereichen. So wurde das Frühjahrsprogramm 86 erheblich umfangreicher als das Herbstprogramm 85; neben Sprachkursen sind auch Veranstaltungen in musischen, kreativen und historischen Fächern im Programm vertreten.

Der erfolgreiche Start des 2. Semesters gibt den Verantwortlichen des VBW Ansporn, die Erwachsenenbildung am "Wohnort" gezielt auszubauen. Dabei ist das VBW als Einrichtung für die Bürger auf deren Mit-

wirkung angewiesen. Da bereits jetzt die Planung für das Herbstsemester 1986 anläuft, können Veranstaltungsvorschläge für das nächste Semester noch berücksichtigt werden. Sollten Sie Interesse an einem bestimmten Kurs haben, so warten Sie bitte nicht, bis der Vorstand des VBW vielleicht einmal auf dieselbe Idee kommt, sondern geben Sie Ihren Wunsch weiter.

In Kürze wird das VBW im Gemeindezentrum Nordenstadt eine Geschäftsstelle einrichten. Telefonnummer und Sprechzeiten der Geschäftsstelle werden in der Tagespresse bekanntgegeben. Ansonsten gilt wie bisher die Anschrift des VBW: Hessenring 46, 6200 Wiesbaden-Nordenstadt. GJ

CARNEVAL- UND BRAUCHTUMSVEREIN NORDENSTADT '75 e.V.

Mit Stolz und Zufriedenheit kann der CBNV auf eine wahrhaft gelungene Jubiläumskampagne zurückblicken.

Der "Sturm auf das Rathaus", die Große Fremdensitzung und die "Fastnachtsbeerdigung" haben sich schon - auch über die Grenzen Nordenstadts hinaus - einen guten Namen gemacht. Auch der "Große Bunte Abend" im Oktober letzten Jahres konnte vom CBNV als großer Erfolg verbucht werden.

Auch im Bereich der Brauchtumpflege hat der Verein durch seine Kurse im Tanzen, Nähen, Trockenblumenstecken, Bauern- und Glasmalerei viele Freunde gefunden.

Die Geschäftsadresse des Vereins ist: Rainer Pfeifer, Horchheimer Straße 2, Tel. 14661. Die nächste größere Veranstaltung ist die traditionelle CBNV - "Vaddertagswanderung" am 8. Mai 1986. up

WO IST DER (VERKEHRS-)SPIEGEL? Spieglein, Spieglein ... wo bist Du?

Auto- oder fahrradfahrende Verkehrsteilnehmer, die aus dem Breckenheimer Weg kommend nach links in den Wallauer Weg einbiegen wollen, vermissen ihn sehr - den Spiegel, der einen Blick nach rechts in die Oberpfortstraße ermöglichte. Jetzt ohne Spiegel kann man nur hoffen, daß niemand kommt, daß keine Bremsen quietschen!

Der Spiegel mußte abgenommen werden, weil er kaputt war und - ein neuer Spiegel soll nicht aufgehängt werden, weil er laut StVO zur Verkehrsregelung nicht geeignet ist. Die Verkehrsteilnehmer hatten sich jedoch an dieses Hilfsmittel gewöhnt. Jetzt, wo der Spiegel weg ist, fehlt eine wichtige Möglichkeit, sich über die Verkehrssituation zu orientieren.

Hier wurde etwas durchaus Sinnvolles beseitigt, ohne einen entsprechenden Ersatz sofort anzubieten. A.L.

Aus dem Ortsbeirat

Ein neues Gesicht im Ortsbeirat



Dr. Adolf Roth, 59 Jahre, verheiratet, zwei erwachsene Töchter. Beruf: Lebensmittelchemiker im Hessischen Landesdienst. In Nordenstadt seit 1981 wohnhaft.

Mein Entschluß, für den Ortsbeirat Nordenstadt zu kandidieren, resultierte aus der Erkenntnis, daß es in dieser "ländlichen Stadtgemeinde" eine Reihe eigenständiger Probleme in verschiedenen Bereichen (z.B. Bebauung, Verkehr) zu lösen gibt. Auch meine berufliche Tätigkeit im Verbraucher- und damit im weiteren Sinne im Umweltschutz wird in meine Mitarbeit einfließen. So sind Fragen einer weiteren Begründung, der Schaffung zusätzlicher "äußerer Wohnwerte" im unmittelbaren Lebensraum, der Verhinderung von Lärm, der Fernhaltung von Schadstoffen, insgesamt also Fragen der Eliminierung all der Dinge, die unsere Lebensqualität mindern, die Leitlinien meiner Mitarbeit. Als schwer Gehbehinderter denke ich hierbei auch an Fragen des Schutzes der "Schwächeren", d. h. nicht nur an Behinderte, sondern z.B. auch an Kinder und Jugendliche.

In örtlichen Gremien war ich bisher nicht tätig. Ich gehöre jedoch seit ca. 8 Jahren durch Berufung des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit der Deutschen Lebensmittelbuch-Kommission an und bin dort in verschiedenen Fachausschüssen tätig.

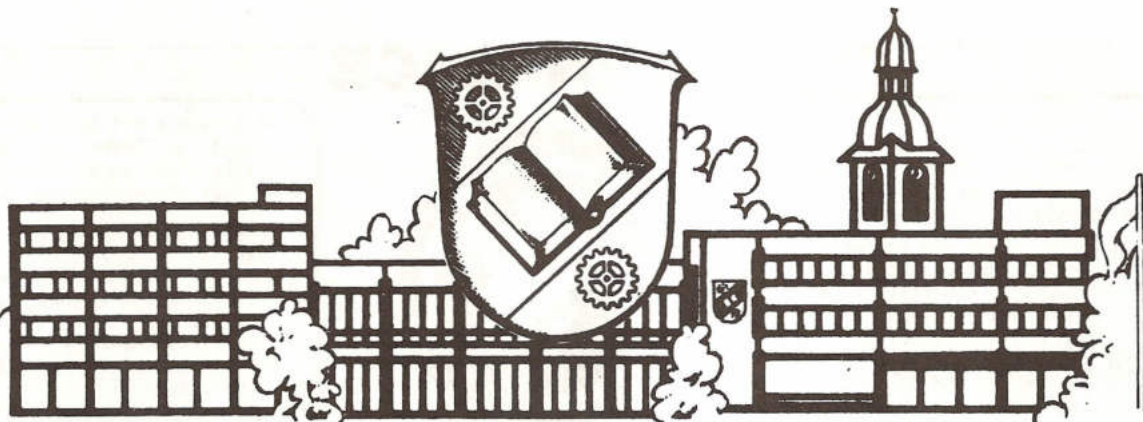
Im Ortsbeirat wünsche ich mir sachbezogene Diskussionen und faire Auseinandersetzungen mit den anderen Parteien, um so in unserem engeren Heimatraum Nordenstadt politische Zielvorstellungen im Interesse der Bürger durchsetzen zu können.

Adolf Roth

*Rotine meint anläßlich
des Frauentages:*



*"Die Zukunft
ist weiblich!"
Darum Frauen
in den
Ortsbeirat!"*



Nordenstadt-Nachrichten

10. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

April / Mai 1986

Verkehrsberuhigung

Vor einigen Jahren schrieb uns ein Leser mit polemischem Unterton: "Straßen sind für Autos da ...". Das ist historisch gesehen natürlich falsch. Straßen gibt es seit Jahrtausenden. Straßen, besonders die, die wir heute "innerörtliche" nennen, dienten einer Vielzahl von Bedürfnissen und Lebensäußerungen der Menschen. Auf Straßen wurde gespielt und gefeiert, gearbeitet und Handel getrieben; man tauschte Informationen aus; man verwendete sie als Fuß-Reit- und Fahrwege ...

In unserem Jahrhundert haben sich die Gewichte verschoben. Straßen sind für Autos da - das bezeichnet in der Tat den heutigen Zustand. Die Straße ist zugunsten des motorisierten Verkehrs anderen Nutzungen weitgehend entzogen worden. Alles andere wurde an den Rand gedrängt. Ähnlich wie im Umgang mit der Natur haben wir auch im Umgang mit unseren Siedlungsräumen Gleichgewichte gestört. Ich habe es einmal in der Straße nachgemessen, in der ich in meiner Kindheit am

meisten gespielt habe. Von der Fläche, die uns damals gefahrlos zur Verfügung stand, ist für die Kinder, die jetzt dort leben, nur ein Fünftel übriggeblieben.

Die heutigen Initiativen zur Verkehrsberuhigung sind auch zu verstehen als Versuch, das zerstörte Gleichgewicht wieder herzustellen. Weil man das Rad der Geschichte aber nicht einfach zurückdrehen kann, ist das keine leichte Arbeit. Die Forderung nach "Tempo 30", die ich nicht für falsch halte, kann leicht dazu führen, daß man den größeren Zusammenhang vernachlässigt. Ziel muß es sein, auf unseren Straßen eine friedliche Koexistenz aller, die sie benutzen oder vielleicht gerne benutzen möchten, herzustellen. Das ist mehr als Tempoverringerung. Die ist freilich unabdingbare Voraussetzung. Nur wenn man die Gefahr, die objektiv von Fahrzeugen ausgeht, auf ein erträgliches Maß reduziert, kann es ein friedliches Nebeneinander der verschiedenen Nutzungen geben. ▶

*Verkehrsschere
für
Schwermes-
wackeler!*

Da dischgeriern se im Ortsbeirat über die Verkehrsberuhigung im "Alte Ort". Denn seit ka Geilskniddel mehr uff de Gass lieje un ka Laaderweechelche un Plucks-karrn iwwer die Dorfstroß zottle, muß sich die Gemaa Gedanke mache, daß die Kinner sicher die Gass iwwerhibbele kenne oder widder Kliggersches spiele kenne. Da gibt's vill Oifäll': die Gass binsele, Wacker leje, Bäum' pflanze oder die Stroß mit'm Bennel sperrn. Vielleicht sollt' mer aach die Gickel un die Bibische widder frei uff de Gass laafe losse. Drum Ihr im Ortsbeirat, machts nit wie in de Kinner-schul', seid ka Ängstschisser, Rabbelköpp un Knibbelköpp. Kaaner soll e Kliggebedauerer wern, vor allem nit die Leut', for die Ihr wuhle dut.

je

Tanz in den Ma

30. April Taunushalle Nordenstadt

Beginn: 20 Uhr · Eintritt: 5,- DM

„AMBASSADOR“

Unter den Anwesenden werden Reisen

+ kleine Preise verlost

GREENPEACE



"Wir kämpfen für eine Umwelt, in der wir alle leben können", so lautet das Motto von GREENPEACE, der wohl populärsten internationalen, unabhängigen und überparteilichen Umweltschutzorganisation.

Nachdem vor über 10 Jahren die ersten GP-Aktionen gegen Atombombentests international bekannt wurden, schlossen sich in vielen Ländern engagierte Menschen zusammen, um "sich mit gewaltfreien Aktionen gegen die weitere Vergiftung und Zerstörung des Lebens auf der Welt einzusetzen." (GP)

Die Arbeit von GP fand 1982 durch die Verleihung des 1. Umweltpreises der renommierten Zeitschrift GEO und 1984 durch den Gustav-Heinemann-Preis Anerkennung.

Angefangen hat alles 1971 mit Demonstrationen einiger engagierter Leute aus Kanada gegen die unterirdischen Atombombentests der USA auf den Aleuten, einer Inselgruppe zwischen Alaska und Sibirien. Ein Schiff namens Greenpeace versuchte, in das US-Testgebiet einzudringen, um dadurch die Durchführung der Tests zu verhindern. Zwar stoppte die Küstenwache die Fahrt, aber das öffentliche Echo erreichte weltweite Dimensionen. Zumindest in diesem Gebiet wurde die Testserie abgebrochen; leider wird sie noch heute in Nevada (USA) fortgesetzt; jüngste Versuche fanden im März und April 1986 statt.

Bereits ein Jahr später - 1972 - steuerte ein zweites Greenpeace-Schiff mit Kapitän David McTaggart wieder in ein Testgebiet, diesmal um die oberirdischen französischen Atombombentests am Mururoa-Atoll (Pazifik) zu unterbinden. Die Testserie mußte verschoben werden. Ein französisches Kriegsschiff rammte im Rahmen dieser Aktion die Greenpeace-"Vega". Aber David McTaggart gab nicht auf. 1973 steuerten drei GP-Schiffe Mururoa an. Die französische Marine enterte die GP III und verletzte sogar McTaggart bei dieser Entering in internationalen Gewässern. Frankreich ignorierte auch den inzwischen ergangenen Spruch des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag, die Versuche einzustellen.

Doch zeigten schließlich die seit Anfang der 70er Jahre sich häufenden Proteste gegen die Atomwaffenversuche kleine Erfolge. 1975 verlagerte Frankreich seine atomare Testserie wenigstens unter die Erde.

GP startete damals eine Initiative für einen umfassenden Teststopp-Vertrag, "da die Beendigung aller atomaren Sprengversuche den ersten Schritt zur Abrüstung darstellt." (GP)

Weitere Aktionen gegen die Atomwaffenversuche, die auch durch die Presse bekannt wurden, folgten 1982 in Leningrad, 1983 in der Wüste von Nevada und in Berlin.

Bei den Fahrten zu den Aleuten 1971 wurden die Greenpeacer von ortskundigen Seeleuten auf die schwindende Zahl von Walen aufmerksam gemacht. Es kam zu einer Erweiterung der überwiegend pazifistischen Themen um Umweltschutzprobleme. "Wenn unser Planet vor der Zerstörung bewahrt werden sollte, genügte es nicht, die Menschheit vor ihren eigenen Torheiten zu schützen. Wir müssen genauso Pflanzen und Tierwelt schützen." (GP)

Die Vorgehensweise, die sich bei den bisherigen Aktionen als erfolgreich erwiesen hatte, wurde auf die neuen Themen übertragen: vor Ort protestieren, sich zwischen Bedroher und bedrohte Natur zu stellen und die Öffentlichkeit aufmerksam machen. So kam es nach der GP-Kampagne gegen Atomwaffentests zu der zweiten GP-Kampagne "Rettet die Wale".

Es begann 1975 mit Aktionen gegen die russische Walfangflotte im Pazifik und endete vorläufig mit der Sammlung von über 1 Million Unterschriften gegen den Walfang, die auf der entscheidenden Sitzung der Internationalen Walfang Kommission im Juli 1985 präsentiert wurden. Trotz aller Bemühungen gibt es immer noch drei Walfangnationen (Norwegen, Japan, UdSSR), die auch mit einer verminderten Walfangflotte noch in der Lage sind, den allerletzten Walen das Lebenslicht auszublenden.

GP konzentriert sich auf eine begrenzte Anzahl von Themen, um die verfügbaren Kräfte nicht zu verzetteln. Zu den von GP "verfolgten" Themen gehören:

- Rüstung: Beendigung der Atombombentests;
- Meeresverschmutzung: keine Versenkung von Chemie und Atom Müll im Meer;
- Flußverschmutzung
- Luftverschmutzung
- Artenschutz (Robben, Wale, Meereschildkröten)
- Rettung der Antarktis

Aktionen stellen häufig nur einen Bruchteil einer GP-Kampagne dar. Aktionen werden immer dann als Mittel eine Kampagne eingesetzt, wenn Gespräche mit Behörden, Firmen oder Regierungen keine Ergebnisse gebracht haben und der Druck der öffentlichen Meinung nachhelfen muß. Man bleibt kontinuierlich "am Ball", bis eine Lösung für ein Problem gefunden oder eine echte Veränderung sichtbar geworden ist.

GP International wurde 1976 von David McTaggart gegründet. In Europa haben sich inzwischen in den meisten Ländern GP-Gruppen gebildet. 1985 hat GP 15 internationale Büros. Seit 1981 gibt es die GP-Zentrale für Deutschland in Hamburg. Der Verein GP finanziert sich durch regelmäßige Spenden (Förderbeiträge), Spontanspenden und dem Verkauf von Aufklebern, Buttons, T-Shirts und Büchern. Ein bestimmter Teil des Geldes geht an GP International mit Sitz in England.

Die lose Organisation in Deutschland besteht aus ca. 30 von der GP-Zentrale anerkannten Kontaktgruppen - mehr als in anderen Ländern. Auch im Raum Mainz-Wiesbaden gibt es eine GP-Kontaktgruppe. Die Arbeit einer solchen Kontaktgruppe besteht nicht darin, spektakuläre Aktionen durchzuführen, sondern überwiegend darin, Inhalte zu vermitteln, über Aktionen aufzuklären, Hintergründe zu erklären und Möglichkeiten zum Handeln aufzuzeigen.

Mitte Juni soll im Wiesbadener Rathaus eine Veranstaltung von allen Wiesbadener Umwelt- und Naturschutzgruppen stattfinden - ein Wiesbadener Umwelttag, zu dem auch die örtliche GP-Gruppe beitragen wird. Es ist zu hoffen, daß die Arbeit von GP breite Anerkennung und viele Förderer findet und daß auch die genannte Veranstaltung einen großen Zuspruch findet.

AL

VERKEHRSBERUHINGUNG IN NORDENSTADT

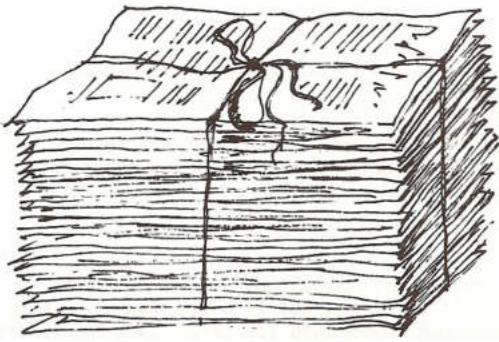
Ich halte diese grundsätzlichen Überlegungen für wichtig, um das, was wir in Nordenstadt tun wollen, besser zu verstehen. Bereits im Mai 1985 lagen im Ortsbeirat Anträge von SPD und CDU vor, die Verkehrsberuhigung zum Inhalt hatten. Wir sind uns rasch einig gewesen, daß das Ganze nur sinnvoll ist, wenn die Bürger mitmachen. Das werden sie nur, wenn wir sie an der Planung beteiligen. Eine Arbeitsgruppe des Ortsbeirats, an der sich Vertreter von SPD, CDU und Grünen beteiligten, hat nach erheblichen Anlaufschwierigkeiten einen Antrag vorgelegt, der im März 1986 vom Ortsbeirat gebilligt wurde. Darin wird der Magistrat gebeten, ein Konzept zur Verkehrsberuhigung zunächst für das Gebiet um den Hessenring und den alten Ortskern zu entwickeln. Die Arbeitsgruppe wird diese Entwicklung begleiten und durch konkrete Detailvorschläge, die aus der Kenntnis der örtlichen Ver-

hältnisse erwachsen, beeinflussen. Die aus dieser Arbeit entstehenden Entwürfe sollen dann mit den Bürgern diskutiert und abgestimmt werden. Das mag umständlich erscheinen, ist es wohl auch; aber einfacher geht es kaum. Wir haben ja mehr im Sinn, als Autofahrern etwas zu verbieten. Wenn wir die Straße für das friedliche Nebeneinander vieler Nutzungsmöglichkeiten zurückgewinnen wollen, müssen neben der Abwehr von Gefahren auch andere Gesichtspunkte eine Rolle spielen: Straßengestaltung, Steigerung der Wohnqualität, Umweltschutz. Das geht nicht ohne bauliche Maßnahmen. Die können und sollen nur schrittweise verwirklicht werden. Besonders am Anfang sollten leicht korrigierbare Maßnahmen Vorrang haben. Nur so können auch auf längere Sicht die Erfahrungen der Bürger Einfluß behalten.

Weil es mühsam ist, jahrzehntelange Fehlentwicklungen, die ja nicht typisch

für Nordenstadt sind, zu korrigieren, haben wir uns zunächst auf das Gebiet um den Hessenring und den alten Ortskern beschränkt. Hier sind die Probleme besonders dringlich. Am Hessenring gibt es eine relativ dichte Besiedlung und viel Durchgangsverkehr. Dort liegen aber auch Gemeinschaftseinrichtungen wie Kindertagesstätte, Schule, Gemeindezentrum; dies macht eine Verbesserung der Situation nötig. Im alten Ortskern haben wir ein Gebiet, das eben nicht für Autos gebaut ist; deshalb ist die Aneignung der Straßen durch den Autoverkehr hier auch besonders gefährlich und störend. Wir hoffen, daß wir in diesen beiden so unterschiedlichen Gebieten Erfahrungen und Lösungsmöglichkeiten finden, die dann auf andere Gebiete übertragbar sind.

Dr. Siegfried Brill
Ortsvorsteher



ALTPAPIER IM ÜBERFLUSS ?

Der Abzug der Papiersammelbehälter durch das private Müllverwertungsunternehmen Meinhardt hat die umweltbewusste Bevölkerung erstaunt. Es sind zwar ersatzweise städtische Container aufgestellt worden, doch was geschieht mit dem Papier?

Dabei hatte alles so gut angefangen. Zunächst die Sammlungen der Jugendfeuerwehr, dann in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr und der bereits erwähnten Firma das Aufstellen der Papiercontainer. Meldungen über hohe Sammelergebnisse bestätigten die Richtigkeit von getrennten Sammlungen.

Immer mehr Haushalte beteiligten sich. Bis dann zuviel gesammelt wurde? Diesen Eindruck könnte man haben, wenn man die Argumente des privaten Müllsammlers übernehme. Denn zuviel Altpapier drückt die Preise und dann lohnt es sich eben nicht mehr. Sinnvolle Abfallverwertung also nur, wenn man ein Geschäft damit machen kann? Umweltschutz nur unter Rentabilitäts Gesichtspunkten?

Nein! Wir meinen, zwei Schlüsse sind hieraus zu ziehen:

Erstens Die Abfallbeseitigung muß, wo noch praktiziert, aus den Händen von Privatunternehmen genommen werden, damit die willkürliche Einstellung von Sammlungen vermieden wird. Es ist auch nicht einzusehen, daß auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft, wo noch ein Ertrag möglich ist, sich Privatunternehmen tummeln, auf den Gebieten, wo dies nicht mehr möglich ist, der Staat gefordert werden soll.

Zweitens Wenn die hohen Altpapiermengen nicht verwendet werden können, muß doch zu wenig umweltfreundliches "Recycling-Papier" gekauft werden. Hier muß ein Ansatz erfolgen. Verlagern wir doch den Verbrauch von Papiererzeugnissen auf das Recycling-Papier. Schulhefte, Briefpapier und anderes müssen nicht unbedingt blütenweiß sein. WW

Erstschlagsziel Erbenheim!?

Aufrüsten um abzurüsten?

Während in der Bundesrepublik hitzige Diskussionen über die sogenannte "Nachrüstung", also die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles geführt wurden, entwickelte sich im Schatten dieser Diskussionen - fast unbemerkt - eine Aufrüstung im konventionellen Bereich von gigantischem Ausmaß. Für uns in Wiesbaden ist dies spürbar an den Entwicklungen um den Erbenheimer Flugplatz.

Hintergrund für diese Entwicklungen ist das "Wartime-Host-Nation-Support", ein Unterstützungsabkommen für US-Verstärkungskräfte, die im Krisen- und Kriegsfall in die Bundesrepublik verlegt werden. Um die technischen Vorbereitungen für diese Verlegung zu schaffen, wurden im Rahmen des Nato-Infrastruktur-Programms zwischen 1980 und 1984 90 Mill. DM für die Verbunkerung von Hangars, Atomschutzbauten für Luftfahrzeuge in Erbenheim investiert. Im Krisen- und Kriegsfall werden 30 Luftverkehrsstaffeln mit 1900 Luftfahrzeugen in die Bundesrepublik verlegt, dazu werden vorhandene Flugplätze, Autobahnnotlandeplätze, Werksflugplätze und andere Flugplatzeinrichtungen vorgesehen und entsprechend vorbereitet. Der Kostenanteil der Bundesrepublik für dieses Nato-Infrastruktur-Programm liegt bei 8 Milliarden DM, davon entfallen 3,66 Milliarden DM auf den Ausbau von insgesamt 25 Flugplätzen.

Ab 1987 werden in Erbenheim weitere 65 Millionen DM investiert, die der Stationierung der Kampfhubschrauber und Starrflügler dienen sollen. Unter anderem soll die Lagerkapazität für Flugbetriebsstoff - also für Kerosin - von derzeit 1068 Kubikmetern erheblich ausgebaut werden. Daß eine Steigerung der Flug- und Manövertätigkeit schon derzeit im Gange ist, beweist die Tatsache, daß Heer und Luftwaffe in zwei Jahren eine Steigerung des Betriebsstoffverbrauchs um 25 % erreicht haben.

Daß man aus militärischer Sicht alles daransetzt, Erbenheim zu reaktivieren, ist - aus dieser Sicht heraus - durchaus verständlich und logisch; liegt es doch nahe, hier ein Aufklärungsgeschwader zu stationieren, da im Schiersteiner Administration Office die komplette Auswertungsanlage für RF-4-Aufklärer steht. Hier werden alle Luftaufklärungsergebnisse ausgewertet und in Befehle - auch Zielbefehle - umgesetzt.

Doch neben diesen militärischen Aspekten muß es auch erlaubt sein, diese Entwicklung im Hinblick auf die daraus entstehenden Auswirkungen auf die Bevölkerung zu beleuchten und zwischen militärischen Interessen und den Lebensbedingungen für die Betroffenen abzuwägen. Das kann und darf nicht den Militärs überlassen bleiben.

Ist es vertretbar, in einem derart dicht besiedelten Gebiet ein solches Militärprojekt anzusiedeln?

Ist es vertretbar, der Bevölkerung diese Belastungen aufzubürden, einer Bevölkerung, die schon durch die negativen Seiten eines Ballungsgebietes den Begriff "Lebensqualität" nur vom Hörensagen kennt? Ist es vertretbar, ein derartiges Erstschlagsziel für militärische Angriffe mitten in einem Ballungsgebiet zu errichten?

Wie glaubwürdig können Abrüstungsverhandlungen über Waffensysteme und Truppenstärken sein, wenn eine in Beton gegossene Kriegsführungsfähigkeit besteht, die das Mißtrauen des potentiellen Gegners an der Ernsthaftigkeit des Abrüstungswillens nährt?

Das böse Wort von der Aufrüstung, die das "Spielmaterial" zu Abrüstungsverhandlungen schafft, kommt einem zwangsläufig in den Sinn. GK

Wechsel in der Ortsverwaltung



Harald SCHINDLER, Leiter der Ortsverwaltung Nordenstadt, wird in Kürze aus dieser Funktion ausscheiden. In nächster Zeit wird so manche Laudatio auf den "heimlichen Bürgermeister" Nordenstadts gehalten werden; in Verabschiedungsveranstaltungen seine Verdienste hervorgehoben. NORDENSTADT NACHRICHTEN nahm diesen Abschied zum Anlaß, um mit Harald Schindler über seine Erfahrungen der letzten Jahre zu sprechen.

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Herr Schindler, seit 1970 sind Sie in Nordenstadt tätig gewesen. Zunächst in der noch selbständigen Gemeinde Nordenstadt als büroleitender Beamter und ab 1977 - nach der Eingemeindung Nordenstadts zu Wiesbaden - als Leiter der Ortsverwaltung.

Sie haben die einschneidendsten Veränderungen Nordenstadts unmittelbar erfahren und erlebt. Wie sehen Sie heute diese letzten Jahre?

Harald SCHINDLER:

Nordenstadt, ein in Jahrhunderten gewachsenes Gemeinwesen, hat sein Gesicht in den letzten 15 Jahren wirklich drastisch verändert. Ein Nordenstadter, der 1970 eine lange Reise antreten hätte und jetzt zurückkäme, würde seinen Heimatort nicht wiedererkennen.

Am Ende meiner doch recht langen Tätigkeit in Nordenstadt stelle auch ich mir natürlich die Frage, wie diese Entwicklung gekommen ist. Wir haben auch hier in Nordenstadt eigentlich nur das nachvollzogen, was in den 60er Jahren die Main-Taunus-Orte am Stadtrand von Frankfurt begonnen hatten - nämlich einem starken Nachfragedruck nachzugeben. Das Rhein-Main-Gebiet war und ist nun einmal ein gefragter Handels- und Gewerbebestandort - mit all seinen Konsequenzen. Dies in Frage zu stellen, war damals wie heute unpopulär. Der Nachfrage nach Bauland - sowohl für Gewerbebetriebe als auch für Wohnhäuser - standen verkaufsbereite Grundstückseigentümer gegenüber. So war es schon fast unmöglich, dem Druck zu widerstehen.

► Wechsel in der Ortsverwaltung

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Spielte denn da nicht auch schon der drohende Verlust der Selbständigkeit eine große Rolle?

Harald SCHINDLER:

Ja, die Gemeindekörperschaften waren seinerzeit durch die Diskussion um die bevorstehende Gebietsreform natürlich bestrebt, die Größe Nordenstadts nach oben hin zu verändern; um größere Chancen auf eine Selbständigkeit oder mindestens dem nahekommende Lösungen zu erreichen. Im nachhinein betrachtet kann man sagen, daß die Entwicklung da schon zu spät war, um noch Veränderungen zu erreichen. Lediglich bei den Verhandlungen mit der Landeshauptstadt Wiesbaden über die Eingliederung war durch die enorme Steuerkraft Nordenstadts und die sich abzeichnenden Bevölkerungszuwächse die Verhandlungsposition wesentlich stärker als dies bei anderen Gemeinden der Fall war.

Nach der Eingliederung kamen dann zwei Faktoren zusammen, die uns große Kraftanstrengungen abverlangten: zum einen die noch immer sehr stark zunehmende Wohnbevölkerung mit all den Problemen in einer neuen Umgebung, und zum anderen die Integration des neuen Stadtbezirks Nordenstadt in die Landeshauptstadt Wiesbaden und ihre Verwaltung.

Rückblickend läßt sich natürlich so manches in einem anderen Licht betrachten als dies vor einer Entscheidung aussah. Dennoch glaube ich, daß die Vielzahl der getroffenen Entscheidungen Nordenstadt ein gutes Stück des Weges vorangebracht hat.

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Gibt es Ihrer Meinung nach eigentlich Entscheidungen, die verhindert oder wenigstens anders hätten getroffen werden sollen?

Harald SCHINDLER:

Ich hatte ja vorhin schon erwähnt, daß sich rückblickend oft so manche Dinge anders betrachten lassen. Da sehe ich heute zum Beispiel, daß in die Bebauungspläne, die wir Anfang der 70er Jahre erstellt haben, mehr Grün eingearbeitet hätte werden müssen. Ein Versäumnis sehe ich auch darin, daß wir keine Einrichtung für die Jugend in Nordenstadt erreicht haben. Ich habe ja gerade im Hinblick auf die mangelnde Versorgung der Jugend in den letzten Jahren versucht, ein Projekt "Jugendhaus" in Nordenstadt voranzutreiben, weil ich überzeugt bin, daß dies dringend erforderlich ist. Meine Auffassung wird von vielen in Nordenstadt geteilt. Kritisch muß ich dabei anmerken, daß eine Ortsbeiratsforderung aus dem Jahre 1978 auf Ausweisung einer Fläche für eine "Einrichtung für die Jugend" unmittelbar gegenüber dem Gemeindezentrum - die ich seinerzeit voll unterstützt habe - vom städtischen Sozialplaner negativ beschieden worden war. Ich hoffe sehr, daß Nordenstadt in Zukunft hier Abhilfe schaffen kann.

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Wie hat sich der rasche Zuwachs und der damit verbundene starke Zuzug von Neubürgern auf die "Urbevölkerung" Nordenstadts ausgewirkt? Ist es gelungen, eine Verbindung herzustellen zwischen Alt- und Neubürgern?

Harald SCHINDLER:

Als ich 1970 nach Nordenstadt kam, haben wir kurz nach meinem Arbeitsbeginn den 2.000. Einwohner in Nordenstadt begrüßen können. 1977 - zum Zeitpunkt der Eingliederung - hatte Nordenstadt schon 4.500 Einwohner, das war schon mehr als das Doppelte innerhalb von 6 Jahren. Und heute - 1986 - hat Nordenstadt 7.500 Einwohner. Schon daran sieht man den enormen Zuwachs, den Nordenstadt zu verkraften hatte. Und ich habe in all den Jahren, in denen ich in Nordenstadt tätig war, versucht, meinen Teil beizutragen, damit mögliche Berührungspunkte zwischen Neu- und "Ur"-Bevölkerung abgebaut wurden.

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Sicher haben die Vereine da viel helfen können?

Harald SCHINDLER:

Ja, ganz zweifellos haben die Vereine ganz großen Anteil daran, daß Berührungspunkte abgebaut wurden. Ich kann heute feststellen, daß Nordenstadt wirklich auf bestem Wege ist, ein in sich geschlossenes intaktes Gemeinwesen zu werden. Selbst neugegründete Vereine, die zunächst bei der Nordenstadter Altbevölkerung im Ruf standen, ein "elitärer Verein von Neubürgern" zu sein, sind heute voll akzeptiert und durch die Aufnahme in den Vereinsring in Kürze auch mit eingebunden.

Mit zu diesem positiven Prozeß hat hier die heranwachsende Jugend beigetragen, die durch ihre Kontakte es ermöglichte, daß Alteingesessene und Neubürger rasch zueinander gefunden haben und heute gemeinschaftlich in den Vereinen Verantwortung tragen.

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Hat sich denn bei diesem Prozeß des Zusammenwachsens auch die relativ große Eigenständigkeit der Ortsverwaltung positiv bemerkbar gemacht?

Harald SCHINDLER:

Die Eigenständigkeit unserer Ortsverwaltung ist im Vergleich zu denen anderer Stadtbezirke schon als gut zu bezeichnen. Sie kann jedoch noch weiter ausgebaut werden und ich denke, daß die derzeitigen Diskussionen innerhalb der städtischen Körperschaften auch hier mit dazu beitragen werden, die Ortsverwaltung in Nordenstadt weiter zu stärken. Als Jemand, der in den Jahren der Selbständigkeit sehr weite Entscheidungskompetenzen hatte, erachte ich es als wünschenswert, daß den Ortsverwaltungen auch Finanzmittel zur Verfügung stehen, um kleinere Anliegen der Bürger unmittelbar erledigen zu können.

Es ist doch unstrittig, daß der einzelne Bürger die große Stadtverwaltung nicht unbedingt überschauen kann. Hier hat die große Eigenständigkeit der Ortsverwaltung Nordenstadts sicher mit dazu beitragen können, daß sich unsere Bürger im großen Apparat der Stadtverwaltung zurechtfinden konnten und - das scheint mir sehr wichtig - die Mehrzahl ihrer Anliegen direkt vor Ort in Nordenstadt erledigt werden konnte.

Ich habe während meiner Zeit in Nordenstadt auch immer sehr großen Wert darauf gelegt, daß meine Mitarbeiter die Anliegen der vorsprechenden Bürger möglichst sofort erledigen und ihnen damit einen zweiten Gang zur Verwaltung ersparen. Es freut uns natürlich, wenn dann aus der Bevölkerung das auch positiv vermerkt wird und es nicht nur als Selbstverständlichkeit angesehen wird, wenn wir sofort und unmittelbar tätig werden.

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Herr Schindler, Ihr Nachfolger, möglicherweise auch Ihre Nachfolgerin, steht noch nicht fest. Er oder sie wird einen schweren Stand haben, nach einem Amtsvorgänger, der so verwurzelt mit den Belangen Nordenstadts war, den richtigen Anschluß, die notwendige Kontinuität zu finden. Gibt es da einen Rat, den Sie aufgrund Ihrer Erfahrungen gern weitergeben möchten?

Harald SCHINDLER:

Mein Eindruck aus sechzehn Jahren Tätigkeit über die Nordenstadter ist äußerst positiv. Ich sage dies nicht, weil ich der Meinung bin, daß ich bei meinem Weggang noch etwas Positives sagen muß, sondern, weil ich voll davon überzeugt bin, daß die Nordenstadter ein friedliebendes Völkchen - wenn ich das so salopp sagen darf - sind. Und das ist auch durch die zuziehende Bevölkerung nicht anders geworden. Ich habe in den vielen Jahren eigentlich recht selten erlebt, daß jemand mich oder einen meiner Mitarbeiter unfair angegangen wäre.

Gestatten Sie mir aber hier auch noch eines besonders hervorzuheben: die Aufgeschlossenheit und das Engagement meiner Mitarbeiter, ohne die eine bürgernahe Verwaltung nicht möglich wäre. Sicher war es für meine Mitarbeiter wichtig zu wissen, daß ich Wert darauf lege, daß Entscheidungen möglichst rasch und möglichst einheitlich getroffen werden, aber auch, daß bei einer Entscheidung, die im nachhinein als falsch angesehen wird, der Leiter der Ortsverwaltung schützend vor ihnen steht. All die unpopulären Entscheidungen, die wir in den vergangenen Jahren gemeinsam treffen mußten und auch getroffen haben, waren dabei immer an diesen Grundsätzen orientiert. Von diesen Grundsätzen werde ich auch in Zukunft nicht abweichen und das Wichtigste dabei ist die Gleichbehandlung aller Bürger.

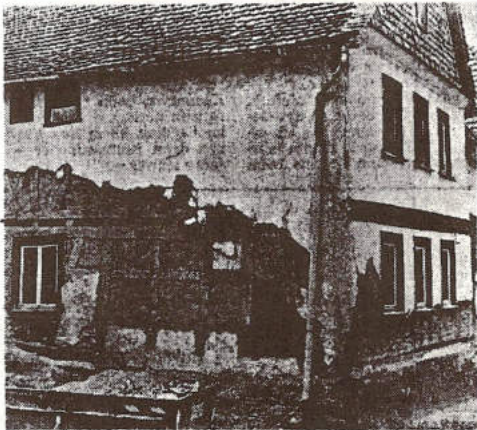
Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit auch den politisch Verantwortlichen in Nordenstadt - und ich nehme hier ausdrücklich keine der im Ortsbeirat vertretenen Parteien aus - sehr herzlich dafür danken, daß sie der Ortsverwaltung gegenüber immer fair und der Sache angemessen begegnet sind. Es war in vielen Sitzungen sicher nicht leicht für die Mitglieder des Ortsbeirates, sich den sogenannten Sachzwängen zu beugen, aber ich glaube, daß es uns allen gemeinsam recht gut gelungen ist, damit umzugehen - und dafür möchte ich Dank sagen.

Mein Dank gilt aber auch den Verantwortlichen in den Vereinen und den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die in den letzten Jahren mit mir zu tun hatten, für die angenehme Zusammenarbeit.

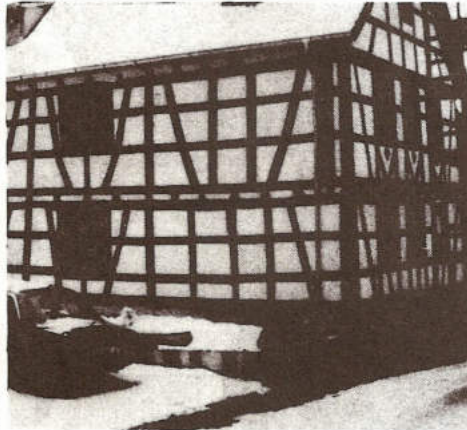
NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Herr Schindler, als "ganz normaler Mitbürger" bleiben Sie uns ja erhalten. Also wird die Verbindung zu Nordenstadt bestehen bleiben. Für Ihren neuen beruflichen Aufgabenbereich dürfen wir Ihnen alles erdenklich Gute mit auf den Weg geben. Herzlichen Dank für dieses Gespräch.

Nachdem wir in der vorletzten Ausgabe unserer Zeitung bereits ein Foto des Fachwerkhäuses in der Turmstraße veröffentlicht, wollte die Redaktion der NORDENSTADT NACHRICHTEN es genau wissen. Wir besuchten daher diese amerikanische Familie, die seit fünf Jahren im Besitz des Anwesens ist.



Mit welcher Liebe und Hingabe an das Werk gegangen wird, beweist allein die Tatsache, daß man sich trotz unangenehmer Überraschungen nicht entmutigen läßt. Die erste Überraschung war, daß mit der Renovierung erst begonnen werden konnte, nachdem für die bisherigen Mieter eine neue Unterkunft gefunden war. Das dauerte immerhin auch zwei Jahre.



Unsere beiden Aufnahmen zeigen das Gebäude im Sommer 1984 und im Winter 1985.

Andere Überraschungen ergaben sich im wesentlichen durch den Zustand der Bausubstanz. Die Familie Nielsen hat es sich zum Ziel gesetzt, den Originalzustand möglichst wieder herzustellen. Dabei fanden sie viel Hilfestellung bei Nachbarn und Freunden. Die fachmännische Unterstützung erhielten sie im wesentlichen aus den umliegenden Gemeinden, die auf dem Gebiet der Dorfsanierung und der Restaurierung von erhaltenswerten Gebäuden einen großen Schritt weiter sind.

Probleme bereiteten die teilweise stark vermoderten Balken, besonders in der Nähe der Fundamente. Mit Abstützungsträgern, die zu diesem Zweck eingezogen wurden, wurde der obere Teil der Fachwerkkonstruktion gehalten, während die untere Reihe ausgetauscht und das Fundament erneuert wurde. Für diesen Zweck kaufte Familie Nielsen Eichenbalken abgerissener Scheunen z.T. aus der Nachbarschaft. Soweit es möglich war, wird auch die Füllung der Gefache aus Flechtwerk, Lehm und Stroh erhalten bleiben. An den Stellen, wo dies nicht möglich war, wurden weitgehend natürliche Baustoffe verwendet.

In den Originalzustand zurückversetzt wird neben der Toreinfahrt auch das Dach. Für das Dach wird die für unsere Gegend typische Biberschaumeindeckung wiederhergestellt. Gegenwärtig ist die Familie auf der Suche nach einigen 2 m langen Eichenbalken. Vielleicht kann einer unserer Leser(innen) Familie Nielsen hier helfen?

Die Arbeiten am Hauptbau sollen bis zum Herbst so weit abgeschlossen sein, daß der Umzug erfolgen kann. Provisorisch wohnt Familie Nielsen in einem ausgebauten Seitengebäude, welches früher als Schweinestall diente. Dieses Seitengebäude wird später weiter als Wohnraum genutzt werden können.

Aber auch dann wird es noch viel Arbeit geben. So soll die Scheune (entgegen der Praxis einiger Nordenstädter) erhalten bleiben und einer neuen Nutzung zugeführt werden. Weiterhin werden auch Hof und Garten neu angelegt. Die 4 auf dem Grundstück vorhandenen Brunnen sollen dabei aus ihrem Dornröschenschlaf erweckt werden.

Interessant für uns war auch die Feststellung zu hören, daß für die Erhaltung von ca. 100 Jahre alten Häusern in der Innenstadt mehr Engagement der Bürger und der Stadtverwaltung vorhanden ist, als für die wesentlich älteren Ortskerne der Vororte. Es sei ein Verbrechen, mit den Abrissen fortzufahren. Dabei dachten Nielsens auch an ihre unmittelbare Nachbarschaft, das alte Feuerwehrgerätehaus und den dahinterliegenden Hof Kern. Sie stellen sich eine Nutzung dieses Komplexes als Kulturzentrum vor - mit Bücherei, Museum und Ausstellungen.

Es ist nachdenkenswert, daß Menschen, die nicht aus unserem Land stammen, ein Beispiel dafür geben müssen, wie wir mit unseren Traditionen umgehen sollten. Wir möchten Familie Nielsen, die in unserem Ort bleiben und mit uns leben will, alles Gute zur baldigen Fertigstellung ihres 300 Jahre alten Hauses wünschen!

G+W

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Ortsverein Nordenstadt

Presserechtlich verantwortlich:
Wolfgang Spangenberg, Fasanenweg 9

Redaktion:
Katrin Kiehne, Goethering 26
Anemone Lux, Flurstraße 10 a
Werner Wahler, Pommernstraße 45

Layout:
Sigurd Schneider, Pommernstraße 14

Eigendruck

HERMANN-EHLERS-SCHULE WIRD TAGESHEIMSCHULE

Mit Beginn des kommenden Schuljahres wird in Erbenheim die Hermann-Ehlers-Schule in eine Tagesheimschule umgewandelt. Diese erfreuliche Mitteilung konnte der Schulleiter der Schule den Anwesenden in einer öffentlichen Sitzung des Erbenheimer Ortsbeirates machen.

Die Tagesheimschule wird schulbezirks-offen sein, es steht damit allen Wiesbadener Schülern frei, die Hermann-Ehlers-Schule zu besuchen.

Im Gegensatz zur Ganztagschule wird der Unterricht in der bisher gewohnten Weise abgehalten werden. Auf freiwilliger Basis können jedoch Schüler danach zum Mittagessen in der Schule bleiben und am Nachmittag verschiedene Angebote wahrnehmen. Zu diesen Angeboten zählen Hausaufgabenbetreuung, Kurse und Freizeitbeschäftigungen.

Die Schule unterrichtet Schüler der Klassen 5 und 6 (Förderstufe) sowie gegenwärtig Haupt- und Realschüler der Klassen 7 bis 10.

Interessenten sollten sich möglichst umgehend mit der Hermann-Ehlers-Schule in Verbindung setzen.

ww

"Bestes Bild, bester Ton" - für 675 DM?

Wieder einmal wirbt in Nordenstadt die Bundespost massiv für Schwarz-Schillings Traum von der verkabelten Republik - Breitband in Kupferkoaxialtechnik. Diese Technik ist bereits heute veraltet, aber der der Familie Schwarz-Schilling eigene Betrieb stellt eben diese Kabel her und verkauft sie an die Bundespost - oberster Dienstherr: Schwarz-Schilling.

21 Milliarden Mark werden für die Verkabelung der Republik notwendig sein, vorsichtig geschätzt! Bis vor kurzem betrug die Anschlußgebühr 500 DM, jetzt schon 675 DM. Nach Ermittlungen des Bundesrechnungshofes deckt diese Gebühr aber nur zur Hälfte die Gesteungskosten, der Rest muß aus anderen Postdiensten besorgt werden. Dies wird auf Preis und Service Auswirkungen haben.

"Bestes Bild, bester Ton", 675 DM dann kommt er schon? Weit gefehlt! Die Post verkabelt nur bis zur Grundstücksgrenze. Dann geht es erst richtig an die Geldbörse. Suchen Sie sich nun eine Firma, die die weitere Anschließung zu Ihren Kosten besorgt. Neue Anschlußdosen werden auf jeden Fall fällig - wegen der neuen Norm. Sind 75-Ohmkabel verlegt? Nein, ohne diese Kabel läuft überhaupt nichts. Alte Kabel raus, neue rein. Sind die bestehenden Antennenschächte zur Aufnahme der neuen Kabel überhaupt geeignet? Wenn nicht, lassen Sie sich Ihre Wände aufreißen und neue Schächte legen. Ist Ihr Fernseher bzw. Videorecorder kabeltauglich? Nein, bitte schön, kaufen Sie sich taugliche. Das evtl. noch ein Verstärker notwendig wird, fällt dann sicher nicht mehr so ins Gewicht!

Lächerlich die zu den monatlichen Gebühren anfallenden zusätzlichen 6 Mark, darum wird diese auf 9 Mark erhöht werden. Das Programm von TV-Sat (kommerzielles Fernsehen) wird gewünscht, bitte schön, dann 12.50 DM. Weitere kommerzielle Anbieter, weitere Kosten.

Die Post informiert: "Bestes Bild, bester Ton" - 675 DM Anschlußgebühr. Danke, Herr Schwarz-Schilling.

WIH

NORDENSTADT BRAUCHT EINE MITTE !

Die SPD Nordenstadt will das Wesen des alten Ortskerns erhalten. Warum? Wir glauben, daß das Wesen eines dörflichen Ortskerns Ausdruck jenes eigenen Charakters ist, der einen Ort vom anderen unterscheidet und dadurch Heimat ausmacht.

Aber nicht Erhaltung um jeden Preis, sondern umweltfreundliche Entwicklung ist das Ziel unserer Arbeit für den alten Ortskern. Die von der SPD geforderte Strukturanalyse "Ortskern" liegt vor und nun beginnt die Planungsphase, da wir es als nicht ausreichend ansehen, nur den jetzigen Zustand in einem Bebauungsplan festzuschreiben.

Wir sind der Meinung, daß eine umfassende und ganzheitliche Planung und Realisierung einer Bauleitplanung die direkte Beteiligung der betroffenen Bürger erfordert. Sie sollen ausreichend und frühzeitig Gelegenheit erhalten, ihre Ziele zu formulieren und Vorschläge zur Gestaltung der räumlichen und sozialen Umwelt zu erarbeiten.

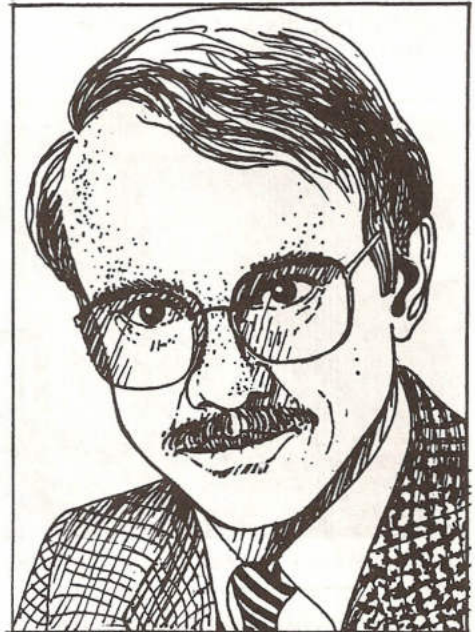
Wir wollen heute die Vorstellungen der SPD veröffentlichen:

- Wir wollen ein Zusammenwachsen von "Alt- und Neu-Nordenstadt". Deshalb soll die Mittelfunktion des Gebietes um die ev. Kirche, Gemeindezentrum und Schule gestärkt werden.
- Wir wollen eine Verbesserung der Ortsdurchgrünung.
- Wir wollen den Ortskern vom Durchgangsverkehr entlasten und Straßen, Wege und Plätze ortstypisch gestalten.
- Wir wollen den dörflichen Charakter, wo er noch vorhanden ist, erhalten. Das heißt eine Erhaltung des Nebeneinanders von verschiedenen Gebäudenutzungen.
- Wir wollen, daß die ortstypischen Siedlungs- und Bauformen erhalten bleiben und die Wohnverhältnisse durch Behebung von funktionellen und städtebaulichen Mängeln verbessert werden.

Wir würden uns freuen, wenn Sie - liebe Leser - uns Ihre Gedanken und Vorstellungen zum Thema "Nordenstadt braucht eine Mitte" mitteilen würden. W.Sp.

Aus dem Ortsbeirat

ORTSBEIRAT FORDERT MEHR ZUSTÄNDIGKEITEN



In seiner Sitzung am 19. März 1986 befaßte sich der Ortsbeirat mit dem Beschluß des Magistrats, der einen Sonderstatus für die Regelung der Zuständigkeiten der Ortsbeiräte der Stadtbezirke Amöneburg, Kastel und Kostheim beinhaltet.

Alle Fraktionen begrüßten grundsätzlich die Bestrebungen des Magistrats der Landeshauptstadt Wiesbaden, mehr Rechte auf die Mitwirkungsgremien der Stadtbezirke zu übertragen. Eine bürgernahe Verwaltung würde nicht nur erhalten, vielmehr würden zusätzliche Dienststellen auf die örtlichen Verwaltungsstellen verlagert, wenn der Beschluß zu den AKK-Stadtbezirken verwirklicht und auf alle Stadtbezirke in seiner Wirkung ausgedehnt würde.

Von besonderer Bedeutung wäre zudem eine Entscheidung, die den Ortsbeiräten auch ein rechtlich abgesichertes Verfügungsrecht über Haushaltsmittel bis zu einer bestimmten Höhe einräumen würde; dadurch könnten manche Vorstellungen und Anregungen der Ortsbeiräte unmittelbar umgesetzt werden.

Bis zum Herbst 1986 muß nun allerdings erst einmal abgewartet werden. Dann nämlich soll die Auswertung der Erfahrungen des Magistratsbeschlusses in den Stadtbezirken Amöneburg, Kastel und Kostheim vorliegen. Der Ortsbeirat erwartet dann auch eine schnelle Entscheidung des Magistrats sowie dessen Vorstellungen, ob und in welcher Form auch Nordenstadt mehr selbständige politische Entscheidungsbefugnis erhalten soll.

Hille Jansen



NEUES VON DEN FALKEN

Auch wenn es draußen noch gar nicht so nach Sommer aussieht, sind die Fahrten und anderen Aktivitäten der FALKEN Nordenstadt natürlich schon in Vorbereitung. Vom 2. - 4. Mai 1986 ist die Gruppe auf einer Radtour nach Worms unterwegs.

Das traditionelle Pfingstzeltlager findet vom 16. - 19. Mai 1986 in Mainflingen statt. Dort treffen wir mit den anderen FALKEN des Bezirks Hessen-Süd zusammen.

In den Sommerferien fährt eine Gruppe mit ins Zeltlager nach Ungarn an den Plattensee. Hier können auch Nichtmitglieder mitfahren.

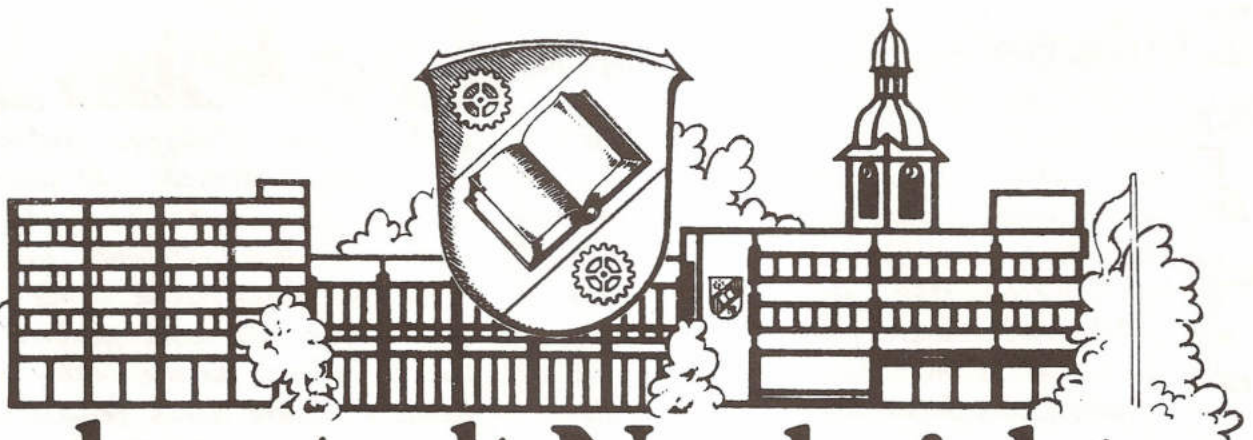
Termine: Für 6 - 14-jährige vom 26. Juni bis 17. Juli 1986; für Jugendliche ab 15 Jahren vom 15. Juli bis 5. August 1986. Die Kosten für Falken-Mitglieder betragen DM 400; für Nichtmitglieder DM 500. Anmeldeschluß ist wegen der Visabeschaffung der 25. Mai 1986! Interessenten erhalten Auskunft unter Telefon 4147 oder 6727.

GW

TERMINE TERMINE TERMINE

- 26.04.1986
Oldy-Abend des MVN im Vereinsheim
- 30.04.1986
TANZ IN DEN MAI - eine Veranstaltung der SPD-Nordenstadt in der Taunushalle
- 01.05.1986
Große Mai-Veranstaltung Arbeiterwohlfahrt - DGB im Anny-Lang-Haus, Wiesbaden - ab 12 Uhr
- 03./04.05.1986
TUS Handball-Turnier in der Taunushalle
- 08.05.1986
Vatertagswanderung des CBNV
- 08. - 11.05.1986
TUS Volleyball-Turnier in der Taunushalle
- 24./25.05.1986
TUS Handball-Turnier in der Taunushalle
- 29.05.1986
Familienfest der Arbeiterwohlfahrt im Anny-Lang-Haus, Wiesbaden, ab 12 Uhr
- 29.05. - 01.06.1986
TUS Volleyball-Turnier in der Taunushalle
- 30.05.1986
Blutspendetermin des DRK im Gemeindezentrum
- 31.05./01.06.1986
Picknick des MVN am Vereinsheim

- 07./08.06.1986
Picknick der FFN am Feuerwehrgerätehaus
- 14./15.06.1986
Picknick des KZV in der Zuchtanlage
- 21.06.1986
Straßenfest - An der Schule



Nordenstadt-Nachrichten

10. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

Juni/Juli 1986

Ist unser Spielsand noch gefährlich?

In den ersten Tagen nach dem Kraftwerksunglück in Tschernobyl sind viele Fragen an Wissenschaftler und Politiker gestellt worden, die meist nicht erschöpfend und unmittelbar beantwortet werden konnten.

Eine dieser Fragen betraf nach dem Erkennen des Ausmaßes dieser Katastrophe - die UdSSR informierte zunächst gar nicht, teilweise falsch und bis heute unzureichend - u.a. auch den unmittelbaren Lebensraum und damit auch zwangsweise den Sand in den "Buddelkisten". Diese Fragen fielen in den Zeitraum unmittelbar nach dem 30. April 1986, als bekannt wurde, daß die radioaktive Staubwolke im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland angekommen war und die Radioaktivität durch Niederschläge auf die äußerste Erdrinde, d.h. den Boden, den Bewuchs, also die Pflanzen, aber auch auf Lebewesen, also Menschen und Tiere, gelangte.

Besorgte Eltern erhielten, meist über die Medien, Kenntnis von Untersuchungsergebnissen, u.a. auch von Proben aus Sandkisten im Zentrum Wiesbadens. Da für Nordenstadt keine Befunde bekannt waren, beschloß der Vorstand der SPD Nordenstadt zunächst zwei Sandproben aus "Buddelkisten" in Nordenstadt untersuchen zu lassen. Die Proben wurden am 04. Juni 1986 entnommen und mit folgenden Ergebnissen untersucht:

- a) Sandkasten auf dem Spielplatz Breckenheimer Weg in Wiesbaden-Nordenstadt.
Entnahme: 04. Juni 1986, 12.50 Uhr.
Entnahmebereich: Von 0,0 - ca. 20,0 cm Tiefe (Mischprobe)

Untersuchungsergebnis (für den Zeitpunkt der Entnahme):

Jod-131: 6 Bq/kg
Caesium-137: 13 Bq/kg

- b) Sandkasten auf dem Spielplatz der Kita Heerstraße in Wiesbaden-Nordenstadt.
Entnahme: 04. Juni 1986, 12.55 Uhr.
Entnahmebereich: Von 0,0 - ca. 20,0 cm Tiefe (Mischprobe)

Untersuchungsergebnis (für den Zeitpunkt der Entnahme):

Jod-131: < 5 Bq/kg
Caesium-137: 11 Bq/kg

(Untersuchungsergebnisse des Staatlichen Medizinal-, Lebensmittel- und Veterinäruntersuchungsamtes Südhessen in Wiesbaden).

Erläuterungen:

Bq: Becquerel;
Beispiel: 6 Bq/kg bedeutet, daß in 1 kg Materie 6 Zerfälle/Sekunde eines bestimmten radioaktiven Elements gemessen wurden.

<: Dieses Zeichen bedeutet "weniger als", d.h. ein möglicher Gehalt liegt unterhalb der derzeitigen Meß- bzw. Erfassungsgrenze.

Die vorstehenden Befunde zeigen, daß in Nordenstadt vergleichbare Verhältnisse wie im Zentrum von Wiesbaden vorliegen. Für den 26. Mai 1986 wurden vom Umweltsenatoren der Stadt Wiesbaden, Dieter Berlitz, für Sand aus dem Sandkasten des Spielplatzes Adolfsallee folgende Daten genannt:

Jod-131: 17 Bq/kg
Caesium-137: 20 Bq/kg.



Die erkennbare Verminderung beim Jod-131 läßt sich aus der geringen Halbwertszeit erklären, während beim Caesium-137 ein Auswaschungseffekt durch Niederschläge angenommen werden kann. Insgesamt ist davon auszugehen, daß der Sand in den Nordenstadter "Buddelkisten" keine andere Beurteilung erfahren kann als der Sand, der im Wiesbadener Zentrum entnommen und untersucht wurde. Es wäre auch verwunderlich gewesen, wenn innerhalb eines verhältnismäßig eng begrenzten geographischen Raumes signifikant unterschiedliche Ergebnisse erhalten worden wären.

HEIMATMUSEUM FÜR NORDENSTADT

Den Lesern unserer NORDENSTADT NACHRICHTEN werden die seit Jahren existierenden Pläne für die Nutzung des Feuerwehrgerätehauses als eine Jugendeinrichtung bekannt sein.

Nachdem die Landeshauptstadt Wiesbaden das angrenzende Grundstück erwarb, bietet sich eine weitere Möglichkeit zur Verbesserung der Infrastruktur Nordenstadts an. Mehrere Vereine, darunter auch der Carneval- und Brauchtumsverein, das Volksbildungswerk, die Falken und ein vor kurzem aus einem Seminar des Volksbildungswerkes entstandener Arbeitskreis "Historische Werkstatt Nordenstadt", bemühen sich in einer Arbeitsgruppe ein Nutzungskonzept zu erarbeiten.

Unter Einbeziehung des Feuerwehrgerätehauses soll, wenn es nach den Vorstellungen dieses Arbeitskreises geht, auf dem Grundstück der Turmstraße 11 neben verschiedenen Gruppen-, Werk- und Unterrichtsräumen auch ein Nordenstadter Heimatmuseum errichtet werden. Für dieses Heimatmuseum will der Arbeitskreis "Historische Werkstatt Nordenstadt" die Trägerschaft übernehmen.

Die Bemühungen zur angestrebten Nutzung dieser Häusergruppe werden auch vom Nordenstadter Ortsbeirat unterstützt. Falls es gelingen sollte, die noch erforderlichen Geldmittel im Nachtragshaushalt der Stadt Wiesbaden unterzubringen, steht einer baldigen Realisierung nichts mehr im Wege.

ww

Das Gewirr aus Verlautbarungen, Presseveröffentlichungen, Stellungnahmen, Fernsehinterviews, Befragungen von kompetenten Wissenschaftlern, aber auch solchen anderer oder benachbarter Disziplinen hat in den ersten Tagen und Wochen nach der Katastrophe dazu geführt, den Bürger nicht etwa aufzuklären, sondern ihn zu verunsichern. Übrig blieben die sicher berechtigten Ängste, Befürchtungen und Sorgen, die Ungewißheit, wie es weitergehen soll und wie man sich schützen kann.

Zukunft = wo bist Du?

Zukunft = wo bist Du?

Sehr geehrter Herr Joch!

Nach dem ja man keinen weiß wo es lang geht und vor allem Dingen lang gehen wird, wissen sie es doch bestimmt. Deshalb wenden wir uns an sie. Alle (die Wissenschaftler, die Politiker und die Ärzte etc.) sagen, daß ein Reaktorunglück wie es in Tschernobyl passiert ist, in unserem Atomkraftwerken nicht passieren kann. Aber - Tschernobyl ist über-a LL! Sicher können auch sie soweit denken, daß wenn so ein Unglück, so ein Leben bedrohendes Unglück, in Frankreich oder sonst irgendwo auf dieser unserer Welt geschieht, die dabei entstehende, radioaktive Wolke von keiner Grenze halt macht auch nicht von den USA, denn so eine Wolke kann Reagan ja nicht einfach bombardieren. Was nützt uns also unsere so sicheren Atomkraftwerke, wenn so eine Katastrophe das nächste mal passiert? Haben sie auch darauf eine Antwort, oder gehen die Meinungen wieder soweit auseinander, daß wir am Ende das gleiche wissen wie am Anfang, nämlich gar nichts? Können sie, Herr Bundeskanzler, wirklich die Verantwortung für das deutsche Volk übernehmen, und das auch noch vor ihrem allzu schwarzen Gewissen Verantwortung?? Können sie dafür garantieren, daß unsere Atomkraftwerke wirklich vollständig ^{streu} sind, oder wollen sie bloß nicht zugeben, daß dies nicht so ist? Wir fordern ein eindeutiges nein oder ja, und keines mit hier und wieder bzw. wenn u. oder ausschweifungen. Sollten sie

auch nur mit einem einzigem Nein auf diese Fragen antworten, was die einzige ehrliche Antwort wäre, so erwarten wir verdammt nochmal, daß alle Atomkraftwerke in der BRD vollständig abgeschaltet werden - Denn auch sie wollen ja wohl gesunde Enkelkinder oder ??? Wenn sie die AKWs abschalten lassen, wird dieses Beispiel Schule machen. Genauso wie die Schweiz und Östereich "Dreibei" zuerst verschrieben und jetzt ganz Europa nachzieht, so wird es auch mit den Atomkraftwerken sein. Glauben sie vielleicht, sie könnten das Volk noch weiterhin veräppeln? Es gibt ja schließlich noch andere Möglichkeiten, Energie zu erzeugen. Das wissen sie genauso gut wie wir. So könnte man z.B. durch Kohle ^{saubere} Strom erzeugen. Das wäre zwar eine sehr kostspielige Angelegenheit, doch (vielleicht) sollten sie einmal mehrere Millionen für die Forschung zu diesem Zwecke ausgeben, als für die Aufrüstung. Denn schließlich ist es ja wohl wichtiger Leben zu erhalten, als irgendwem durch Waffen zu zerstören? Dieser Meinung sind sie ja wohl auch, oder??

Wir wünschen uns eine Zukunft (aber keine strahlende)

Wir sind die Nordstädter Falkengruppe und wir erwarten eine Antwort, und nicht, daß dieser Brief im Papierkorb landet!

Der Kernkraftwerksunfall in Tschernobyl hat unsere Machtlosigkeit gegen derartige Gefahren gezeigt, Gefahren, die man weder sieht, riecht noch schmeckt oder sonst wahrnehmen kann. Wir sind den Gefährdungen ausgesetzt, wobei das Informationsverhalten der UdSSR die Maßnahmen sicher erschwert hat. In solch einem Fall kann, insbesondere im Anfangsstadium, nur durch vorsorgliche Maßnahmen versucht werden, die schädlichen Einflüsse so gering als möglich zu halten.

Beispielhaft zu nennen sind hier die Einfuhrbeschränkungen, zunächst gegenüber der UdSSR und Polen, die Festlegung von Grenzwerten, hier in Hessen nach dem Prinzip der "sicheren Seite", die Schließung von Kinderspielplätzen und Empfehlungen zur Benutzung von Sportplätzen, wobei z. B. aus Termingründen die Sicherheit einem vorgegebenen Zeitplan teilweise geopfert wurde.

Wie bereits ausgeführt, hat man im Interesse des größtmöglichen Gesundheitsschutzes unserer Kinder gerade in Wiesbaden und damit im Unterschied zu anderen Städten, die Kinderspielplätze geschlossen und hierdurch auch dem Schutzbedürfnis beim Umgang mit Spielsand - viele Kinder glauben, Sand auch verzehren zu können - entsprochen. Der kritische Zeitraum wurde hierdurch überbrückt und wir haben jetzt einen Punkt erreicht, an dem wir - aus der Sicht vor Tschernobyl - noch nicht den "Normalpegel" an Strahlung erreicht haben, denn die derzeitigen Aktivitäten sind sicher noch ca. doppelt so hoch, wie vor der Katastrophe. Die derzeit festgestellten Aktivitäten sind aber nach Ansicht kompetenter Strahlenschutz-Sachverständiger und -Mediziner mit größter Sicherheit nicht geeignet, die Gesundheit unserer Kinder statistisch gesichert nachteilig zu beeinflussen. Die Städte und Gemeinden, die keine Vorsorgemaßnahmen ergriffen haben, jetzt

aber den Sand aus den "Buddelkisten" wechseln oder gewechselt haben, täuschen den Bürger, denn sie liefern jetzt keine größere Sicherheit und haben in Kauf genommen, daß im kritischen Zeitraum der radioaktiv stärker verunreinigte Sand in Berührung mit den Kindern gekommen ist oder kommen konnte.

Sand aus "Buddelkisten" kann nach bekannten Untersuchungsbefunden auch andere Belastungen, insbesondere hygienischer Art (hohe Keimzahlen, Colibakterien, Urinverunreinigungen usw.) aufweisen. Dies war bisher der Hauptgrund für den notwendigen regelmäßigen Wechsel des Sandes. Ein Wechsel, ggf. ein vorgezogener Wechsel würde die beiden Belastungen beseitigen können, vorausgesetzt, daß der Wechselsand bezüglich der Gehalte an Radioaktivität eine deutliche Verbesserung bringt.

Steigt endlich aus der Kernenergie aus !!

Der Reaktorfall von Tschernobyl hat diejenigen bestätigt, die die Kernenergie schon immer für einen gefährlichen technologischen Irrweg hielten. Ich habe zu diesen gehört, aber ich wäre froh, ich hätte nicht recht behalten. Tschernobyl hat nicht nur unmittelbare, kurzfristige Folgen für die Belastung von Luft, Boden, Nahrungskette mit radioaktiven Stoffen, es wird vielmehr Jahrzehnte, ja Jahrhunderte dauern, bis die gefährlichen Stoffe Strontium und Caesium abgeklungen sein werden.

Keiner kann mit letzter Klarheit die tatsächlichen Auswirkungen dieser radioaktiven Verseuchung benennen, die langfristig auf unsere Kinder und die Umwelt einwirken werden, wie hoch das Ausmaß an Krebs- und anderen Erkrankungen sein wird.

Es ist eine Illusion zu glauben, die Kernkraftwerke bei uns seien prinzipiell sicherer als Tschernobyl. Dies beweist die Panne im Hochtemperaturreaktor Hamm-Uentrop. Vielmehr müssen die Wissenschaftler mittlerweile zugeben, daß die Kernkraft in letzter Konsequenz nicht beherrschbar ist. Was nützt uns das angebliche statistische Risiko von 10.000 Jahren, wenn der nächste Unfall dieses oder nächstes Jahr bei uns eintritt?

Deshalb muß der Ausstieg aus der Kernenergie so schnell wie möglich erfolgen. Er ist nicht durch sofortiges Umlegen der Hebel auf Stillstand möglich, weil wir sonst zwischenzeitlich auf Kraftwerke zurückgreifen müßten, die noch Abgase in die Luft pusten, die nicht ausreichend entschwefelt und entstickt sind. Es kann aber niemand wollen, daß der saure Regen unsere Wälder noch weiter dezimiert!

Auch die Kernreaktoren auslaufen zu lassen, wie es Schweden plant (was etwa im Jahre 2010 der Fall wäre), ist für uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen nicht akzeptabel. Daraus ergibt sich unsere Position: Wir wollen den schrittweisen, planmäßigen Ausstieg, so schnell wie möglich:

1. Der Schnelle Brüter in Kalkar geht nicht in Betrieb. Auch der Bau der Wiederaufbereitungsanlagen wird nicht fortgesetzt. D.h. wir wollen keinen Einstieg in die Plutoniumwirtschaft.

2. Es gibt keine neuen Bau- und Betriebsgenehmigungen für Atomkraftwerke.

3. Alle bestehenden Atomkraftwerke werden einer Sicherheitsprüfung unterzogen. Sollten sie dieser nicht genügen, sind die AKW endgültig abzuschalten. Das Atomgesetz wird entsprechend verschärft. Für Änderungen des Atomgesetzes haben die Ministerpräsidenten der sozialdemokratisch regierten Länder eine erste Initiative im Bundesrat angekündigt.

4. Wir setzen auf Energiesparmaßnahmen und auf die umweltfreundliche Nutzung von Kohle sowie auf erneuerbare Energien.

Nach Tschernobyl muß Cattenom auf die Tagesordnung, denn in unmittelbarer Nähe zur deutschen Grenze - ca. 200 km von Wiesbaden entfernt - entsteht in Frankreich die größte Nuklearanlage der Welt. Falls sie im Herbst in Betrieb genommen wird, wie es vorgesehen ist, dann fallen radioaktive Werte an, deren Strahlenintensität fünfmal über der Grenze liegt, die in der Bundesrepublik zulässig ist.

Unsere zentrale Forderung an die Adresse der Regierung Kohl/Genescher lautet deshalb: Sie muß der

französischen Regierung gegenüber die berechtigten Bedenken der deutschen Bevölkerung zum Ausdruck bringen und darauf dringen, daß Cattenom nicht ans Netz geht! Sie wird vollends ungläubig, wenn sie in stiller Komplizenschaft mit der internationalen Nuklear-Lobby zu der ungeheuren Provokation des Atomkraftwerks Cattenom schweigt.

Wir müssen auf europäischer Ebene erreichen, daß alle europäischen Staaten den Verzicht auf die Kernenergie und den Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft nachvollziehen. Wenn wir einseitig aussteigen, verstärken wir damit die Diskussion auch in anderen europäischen Staaten für den Ausstieg. Selbst in Frankreich, einem Land mit ca. 60 % Anteil von Kernenergie an der Stromerzeugung, hat ein Umdenkungsprozeß begonnen. In allen anderen EG-Ländern, außer Belgien, ist der Anteil der Kernenergie ohnehin minimal.

Die CDU setzt weiterhin voll auf Kernkraft und beschimpft diejenigen, die nachdenklich geworden, den Ausstieg vorbereiten wollen. Wer aus Tschernobyl nichts gelernt hat, der ist aber das eigentliche Sicherheitsrisiko!

Diejenigen, die wirklich vernünftig sind, das sind die vielen Frauen und Mütter, die versucht haben, ihre Kinder zu schützen und die Angst hatten und haben. Sie haben gesehen, daß im Ernstfall die Behörden völlig unvorbereitet waren. Sie rufen den Politikern zu: Steigt endlich aus der Kernenergie aus, solange noch Zeit ist!

Heidmarie Wiczorek-Zeul
Mitglied des
Europäischen Parlaments

NORDENSTADT GESPRÄCH " NEUE MEDIEN "

In einem weiteren Nordenstadt Gespräch, das die SPD Nordenstadt in unregelmäßigen Abständen durchführt, wurde über das weite Feld der "neuen Medien" informiert und diskutiert. Die Anwendung der "neuen Medien" im Hinblick auf die Wettbewerbssituation der Wirtschaft einerseits und die von den Medien ausgehenden einschneidenden Veränderungen in der Arbeitswelt andererseits sowie ihre tiefgreifenden Auswirkungen auf das Kommunikationsverhalten der Menschen untereinander waren der Schwerpunkt der Veranstaltung.

Frau Ingrid BENTHAUS, Ortsvorsteherin von Klarenthal, erläuterte die technische Ausgestaltung der Neuen Medien - insbesondere der Kabeltechniken. Dieter KRETSCHMER, Gewerkschaftssekretär aus Mainz, legte den arbeits- und sozialpolitischen Aspekt der Auswirkungen der Neuen Medien dar und Dr. Hans ZINNKANN, Pressereferent der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, zeichnete die Grundzüge der Medienpolitik der SPD auf Landesebene auf.

Aus einer ausführlichen Diskussion der Anwesenden kann als allgemein akzeptiertes Ergebnis festgehalten werden, daß es nicht darum geht, in bilderstürmerischer Weise den Einzug der Neuen Medien in Wirtschaft, Verwaltung und Privathaushalt zu verhindern; vielmehr geht es darum, alle gesetzlichen Möglichkeiten zu nutzen bzw. neu zu schaffen, um eine sozialverträgliche Einführung der Neuen Medien zu garantieren.

Die Informationsfreiheit des Bürgers, so wurde einmütig festgestellt, muß erhalten bleiben. Dies kann aber nur durch Kontrollen der Hersteller und Weiterverbreiter von Programmen geschehen. Die Hessische Landesregierung hat zu diesem Zweck ein "Einspeisungsgesetz" in die Beratungen des Landtags eingebracht, über das in naher Zukunft eine Anhörung veranstaltet wird. Die Initiative der Landesregierung zielt darauf ab, mit allen rechtlichen Mitteln die Vielfalt der Informationsübermittlung via Satellit, Kabel, Richtfunkstrecken, etc. in der

von der hessischen Verfassung vorgeschriebenen ausgewogenen Form und unter Beteiligung aller wichtiger gesellschaftlicher Gruppen zu erhalten.

Bei der Einführung neuer Büro-techniken oder des Bildschirmtextes werden Arbeitsplätze weg-rationalisiert bzw. verändert und neuartige Kontroll- und Überwachungsmethoden der Arbeitsleistung der Arbeitnehmer möglich. Deshalb sind hier erweiterte Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer einzuführen.

Zusammengefaßtes Ergebnis der Diskussion war, daß Technik kein Naturereignis sei, daß niemand die Technik für die Gestaltung der Neuen Medien verhindern wolle, aber alle die Technik mitgestalten müßten, um sie zum Wohle der Arbeitnehmer wie auch der Gesellschaft insgesamt einzusetzen.

Aus dem Vereinsleben

NEUE ANLAGE DES KLEINTIERZUCHTVEREINS (KZV)

Vor einigen Jahren berichteten die NORDENSTADT NACHRICHTEN davon, daß der KZV den Bau einer neuen Anlage hinter dem Nordenstadter Friedhof, anschließend an die Rosenzuchtanlage in Angriff genommen hat.

Inzwischen ist dort Beachtliches entstanden: In vielstündiger Eigenarbeit sind auf dem ca. 8000 m² großen Gelände, das auch die Kleingartenparzellen für die Mitglieder umfaßt, 4 Geflügelställe und ein Gerätehaus entstanden. Das Vereinshaus, ein alter Schulpavillon, sieht seiner Fertigstellung entgegen. 2 weitere Geflügelställe sind noch geplant. Inzwischen sind auf dem Gelände auch Wasser- und Stromanschlüsse vorhanden. Für die Anlage ist vom zuständigen Amt für Landwirtschaft die Befestigung des Zufahrtsweges versprochen worden. Leider warten die Mitglieder immer noch auf die Einlösung des Versprechens.

Die Ställe beherbergen ca. 120 Tauben, 50 Hühner und ebensoviele Zwerghühner. Die langjährige Arbeit der Züchter wurde mit einigen beachtenswerten Preisen belohnt.

Der Verein zählt 115 Mitglieder, davon nur drei weibliche; 18 Mitglieder gehören zu den aktiven Züchtern.

Vereinstreffen finden in lockerer Folge statt; gemeinsame Aktivitäten führen die Vereinsmitglieder darüber hinaus zusammen: man wandert und feiert genießt fröhliche Stunden beim gemeinsamen Picknick. Im August steht eine Fahrt an die Mosel auf dem Programm. Anfang September ist eine Jungiertschau in der Anlage geplant. Weiter sind die Hauptsonderschau der Ur- und Kampfhühnzüchter Mitte November und die Hauptsonderschau der Amsterdamer Kröpfer (Tauben) vorgesehen.

Eine konkrete Planung für eine Vergrößerung der Anlage gibt es derzeit nicht. Sicher gäbe es aber frohe Gesichter in Nordenstadt, wenn die Möglichkeit bestünde, die Kleingartenanlage zu vergrößern, um auch Nichtmitglieder bei der Vergabe von Parzellen berücksichtigen zu können.

al

Unser "Schulhof" soll schöner werden!

Kurz nach Bezug der neuen Schule wurde auf Initiative des damaligen Schulleiternbeirates die graue Asphaltfläche des Schulhofes mit farbigen, phantasievoll aufgetragenen Motiven, die zum Hüpfen und Springen anregen sollten, verschönt.

Eifrige Benutzung und Witterungseinflüsse haben diese aufgemalte Pracht schon bald zunichte werden lassen.

So haben in diesem Jahr die Eltern wieder die Ärmel hochgekrempelet und gearbeitet.

Auf dem hinteren, sogenannten kleinen Schulhof für die Erst- und Zweitklässler sind zwei Balancierbalken, auf denen die Kinder auch bei einem Unterricht im Freien sitzen können und fünf dicke Holzpfähle, die zum Überspringen auffordern, aufgebaut worden.

Die verwilderten Beete für die Schulkinder wurden ebenfalls hergerichtet. Inzwischen sind dort Kartoffel gesetzt, Blumen und Gemüse gesät worden. Man ist auf den Erfolg gespannt.

Um die Kinder mit einer bewußteren Abfallsammlung betraut zu machen, wurde neben die Beete ein Kompostbehälter aufgestellt, in dem die organischen Abfälle, die in der Schule anfallen, gesammelt werden sollen.

Die Eltern haben, um das inzwischen freundlichere Bild abzurunden, an den Rändern des (asphaltierten) Schulhofes hunderte von Stiefmütterchen gepflanzt.

Jetzt fehlte nur noch die Malerei. Die Eltern hatten sich phantasievolle Darstellungen (Palme, Schlange, Kreise) vielfältiger Art einfallen lassen, die den Kindern zu



mehr als nur kämpferischen Spielen Anregungen geben sollten. Obwohl die Malaktion wegen des in dieser Zeit herrschenden feuchten Wetters leider nicht stattfinden konnte, fand die Arbeit in einer gelockerten Atmosphäre statt; dazu trug sicher auch die von den Eltern liebevoll zubereitete Verpflegung bei.

Wenn Sie in den nächsten Tagen bzw. Wochen sich einmal den Schulhof anschauen, werden Sie feststellen, ob die auf Anfang Juni verschobene Malaktion inzwischen stattgefunden hat, ob das Wetter "mitgespielt" hat, oder ob die Aktion noch einmal verschoben werden mußte.

AL

VOLKSBILDUNGSWERK

NORDENSTADT-ERBENHEIM-DELKENHEIM

Das VBW Nordenstadt-Erbenheim-Delkenheim kann das laufende Frühjahrssemester 86 mit gutem Ergebnis abschließen. Dieses zweite Semester des VBW brachte im Vergleich zum Herbstsemester 85 fast eine Verdoppelung der durchgeführten Kurse und der Hörerzahlen des VBW.

Mit der Berufung von Andreas GEHRING zum Geschäftsführer und dem Einrichten der Geschäftsstelle im Gemeindezentrum Nordenstadt ist das VBW jetzt endlich für die Bürger/innen leicht erreichbar. Die Geschäftsstelle befindet sich in den Räumen der Sozialstation, rechts hinter der Apotheke (früher war dort die Filiale der Kreissparkasse Main-Taunus untergebracht). Die Geschäftsstelle hat folgende Öffnungszeiten: Dienstag und Mittwoch jeweils von 10 - 12 Uhr, Donnerstag von 16 - 18 Uhr. Telefonisch ist das VBW zu erreichen unter der Nummer 06122 - 12918. Außerhalb der Geschäftszeiten können Sie über den Anrufbeantworter Ihre Anfragen an das VBW eingeben.

Auf einer Mitgliederversammlung des VBW im April d.J. wurden Ergänzungswahlen zum Vorstand durchgeführt. Der geschäftsführende Vorstand setzt sich jetzt wie folgt zusammen: Gertrud JENSEN, Vorsitzende, Hubertus CONRAD, stellvertretender Vorsitzender, Dr. Gerda NIEMANN, Schatzmeisterin, Marianne BRILL, Schriftführerin.

Das Herbstsemester 86 wird Ende August beginnen. Bitte achten Sie auf das Plakat (als Vorankündigung des Programms), das vor den Sommerferien in Geschäften, Sparkassen, Banken, etc. ausgehängt wird. Nach Ende der Schulferien erfolgt die Verteilung der Programme an alle Haushaltungen. Ab Mitte August beginnt die Anmeldung für die Kurse des Herbstsemesters; die genauen Termine für die Voranmeldung sind im Programm ausgedruckt.

je



IMPRESSUM

Herausgeber:

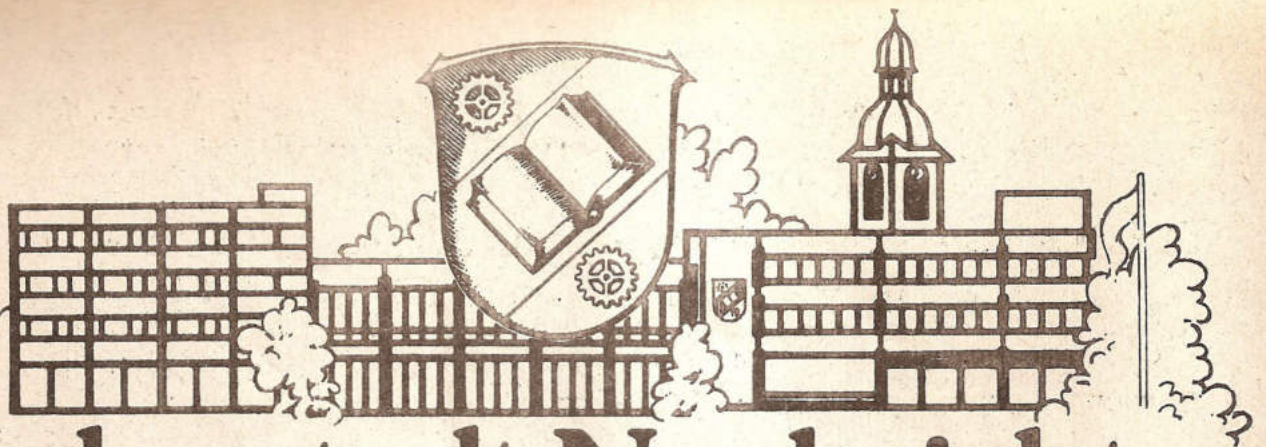
SPD-Ortsverein Nordenstadt

Presserechtlich verantwortlich:
Wolfgang Spägenberg, Fasanenweg 9

Redaktion:
Katrin Kiehne, Goethering 26
Annemone Lux, Flurstraße 10 a
Werner Wahler, Pommernstraße 45

Layout:
Sigurd Schneider, Pommernstraße 14

Eigendruck



Nordenstadt-Nachrichten

10. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

Aug./Sept. 1986

Norschter Kerb

vom 29. August bis 1. September 1986

Vom 29. August bis zum 1. September 1986 feiert Nordenstadt seine Kerb, die in diesem Jahr vom Männergesangsverein Concordia 1850 ausgerichtet wird. Jedes Jahr wird spätestens Anfang August durch die aufgehängte Kerbepuppe an das traditionelle Fest Nordenstadts, die Norschter Kerb, erinnert. In diesem Jahr sind erstmals zwei Kerbepuppen zu sehen, am angestammten Kerbepuppenplatz beim alten Rathaus in der Stolbergerstraße und beim "neuen Rathaus", genannt Gemeindezentrum. Mit dieser zweiten Puppe möchte der MGV über den alten Ortskern hinaus auf die Kerb aufmerksam machen. Der MGV hat auch eine andere Tradition wieder aufleben lassen, die der Kerbgesellschaft: Kerbeburschen,



Noch hängt sie am Gemeindezentrum die "Kerbebopp"

Kerbemädchen und der Kerbevater haben früher stets den Kerbeumzug angeführt. Schon im Frühjahr muß ein Verein mit der Ausrichtung der Kerb beginnen. Es muß ein Motto für die Kerb gefunden werden und der Kerbeumzug muß mit anderen Nordenstater Vereinen abgestimmt werden. Aus einer Anzahl von Motivvorschlägen suchen sich die Nordenstädter Vereine ein Motiv für die von ihnen ausgestatteten Kerbeumzugswagen aus, die dann in Eigenregie hergestellt werden. In diesem Jahr lautet das Motto: "In Norschet verdorscht uns kanner!" Man darf gespannt sein, mit welchen Ideen in Norschet der Durst gestillt werden soll. Ein richtig alter sechsspänniger Pferdeberierwagen wird dabei sein.

9. Kinderfest der SPD-Nordenstadt
am Sonntag den 7.9.86 von 14-17 Uhr



Teilnahme ist kostenlos!

Auf dem Bolzplatz an der TAUNUSHALLE.

SPIELANGEBOTE:

Nagelbalken, Büchsenwerfen
Eierlaufen, Sackhüpfen
Sonntagsmaler
Wurstschnappen
Luftballonspießen

LIBERAL SIND KLEINE PREISE ZU GEWINNEN!
Für Hungerige und Durstige wird gesorgt!

Alle Kinder und deren Eltern sind herzlich eingeladen.!!

Achim Exner zu Gast in Nordenstadt

Nach zehnmonatiger Amtszeit ist eine Bilanz der bisherigen Arbeit schon ganz gut zu ziehen. Oberbürgermeister Exner war auf Einladung der SPD nach Nordenstadt gekommen, um im Rahmen des in loser Folge stattfindenden NORDENSTADT GESPRÄCHS seine "Neue Politik" zu erläutern.

Als neue Politik wolle er die bisher geleistete Arbeit gar nicht beurteilt sehen, vielmehr fände ein "Wettbewerb neuer Ideen" statt, an dem sich alle im Parlament vertretenen Gruppierungen beteiligen könnten. Neue Politik sei hier als Aufgabe zu sehen, die Bewährtes erhält und ausbaut. Die "Phase der Politik unserer Vorväter" sei erschöpft. Es gelte nun, Investitionen in die Zukunft zu stecken, die gewährleisten, daß unsere Kinder noch sauberes Wasser und saubere Luft hätten. Es gelte, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um gewachsene Wohnstrukturen nicht durch Spekulationsobjekte zu zerreißen. "Investitionen für eine lebens- und liebenswerte Umwelt" nannte Exner seine Bemühungen, mehr Verkehrsberuhigung zu erreichen; den Nahverkehr attraktiver anzubieten. Im Bereich der Sozialpolitik ginge es darum, die starke Kostenbelastung der Stadt u.a. auch durch die Schaffung von noch mehr Ausbildungsplätzen zu reduzieren. Dahinter stehe das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe". Den Jugendlichen nach Abschluß der Schule eine Zukunftsperspektive zu geben, sei hier vordringlichstes Anliegen. Dafür stehen Beträge in Millionenhöhe, die zunächst für den Bürger nicht sichtbar, aber für die Zukunftssicherung von immenser Bedeutung seien.

Nach diesem allgemeinen, kurzen Einstieg in die Alltagswelt der Kommunalpolitik, ging es in der lebhaften Diskussion dann vorrangig um Nordenstadter Probleme.



Wieso wird der Musikverein Nordenstadt zu wenig bei städtischen Anlässen berücksichtigt? Was kann die Stadt tun, um den Fehlbedarf an Kindertagesstättenplätzen in absehbarer Zeit abzubauen? Ist es möglich, eine bessere Wartung der Spielplätze zu erreichen (zusätzlicher Gemeindegeldarbeiter)? Wie bekommt die Anlage des Kleintierzuchtvereins einen Erschließungsweg finanziert (ganz zu schweigen von den zu hohen Kosten für den Wasseranschluß)? Wann wird in der Senefelderstraße endlich durch entsprechende Schilder deutlich gemacht, daß hier nicht geparkt werden darf? Wieso wird für den Förderstufenstandort Helene-Lange-Schule keine Schulbusverbindung eingerichtet? Ja, und wieso kann ein jahrelang bewährter Verkehrsspiegel plötzlich nicht wieder angebracht werden?

Oberbürgermeister Exner konnte natürlich nicht in allen Punkten sofort eine Antwort geben, aber er versprach, sich um die vorgebrachten Anliegen zu kümmern.

Eine positive Nachricht hatte er mitgebracht: das Geld für die Ampel am Hessenring ist genehmigt. Um den Verkehrsspiegel Wallauer Weg werde er sich besonders gern kümmern, denn so etwas würde auch ihn immer wundern, wieso Langbewährtes durch einen Zufall plötzlich nicht mehr tragbar sei. Mehr Kindergartenplätze: nein. Er könne nicht etwas versprechen, was in absehbarer Zeit nicht zu realisieren sei. Der Versorgungsgrad an KT-Plätzen sei in anderen Bereichen der Stadt schlechter und da müsse zunächst Abhilfe geschaffen werden.

Zur Frage des Ausbaus des Anschlußknotens A 66 müsse noch ein Kompromiß gesucht werden, da eine Finanzierung seitens des Bundes mit einer Verbreiterung der A 66 verbunden sei.

Es war eine gut besuchte Veranstaltung; man hatte den Eindruck, der Oberbürgermeister ging gut informiert über die Nordenstadter Wünsche ins Rathaus zurück und die Nordenstadter hatten dem "Oberbürgermeister zum Anfassen" auch deutlich ihre Probleme dargelegt.

KK

Wie schon im vergangenen Jahr wird der Kerbeumzug seinen traditionellen Weg etwas ausweiten, um die Neubaugebiete in seine Route einzubeziehen. Festlich geschmückte Straßen gehören seit jeher zum Kerbeumzug; in diesem Jahr war es leider nicht möglich, Bäume und Sträucher zu beschaffen, dafür bietet der MGV Wimpel- und Fransenketten und Girlanden als Kerbe-Schmuck an.

13.30 Uhr Kerbeumzug

Sonntag, 13.00 Uhr Aufstellung Westring, ggf. noch Heerstraße, gegenläufig zu den Zug-Nummern.

Zugabmarsch: 13.30 Uhr, Weg:

- Westring
- Schlesierstr.
- Junkernstraße
- Robert-Stolz-Straße
- Oberpfortstraße
- Holzweg
- Horkestraße
- Breckenheimer Weg
- Wallauer Weg

- Hunsrückstraße
- Horchheimer Straße
- Hessenring, Süd, West, Nord
- An der Schule
- Turmstraße
- Stolberger Straße
- Heerstr. TAUNUS-HALLE

Am Freitag, den 29. August 1986, beginnt die Korb um 19 Uhr mit dem großen Fackelzug. Von der evangelischen Kirche geht es über die Stolbergerstraße und die Heerstraße zur Taunushalle. Am Samstag folgt der Bieranstich und der Kerbetanz in der Taunushalle. Der Höhepunkt der Korb ist stets der Sonntag mit dem Weckruf, dem Kerbeumzug und der Kerberede. Am Montag klingt die Korb mit dem Frühschoppen und einem Kinderfest auf dem Bolzplatz aus. Getanzt werden kann an jedem Tag der Korb und daß kaaner verdorscht in Norschet, dafür sorgt der MGV mit vielen fleißigen Helfern.

G.J.



**Herzliche
Einladung
ZUM**

**Picknick der
SPD Nordenstadt**

**Samstag 13. Sept. 1986
ab 14.00 Uhr Gelände
des Kleintierzuchtvereins
(oberhalb des Friedhofs)**

**Wir freuen uns auf
Ihren Besuch!**

Nun ist es also halbamtlich - aus den US-Streitkräften verlautet: Statt 156 Hubschraubern und 25 Starrflüglern sollen wohl "nur noch" 102 Hubschrauber auf dem Flugplatz Erbenheim stationiert werden. Die Starrflügler sollen in anderen Orten stationiert werden. Bisher schweigt sich die Bundesregierung dazu aus.

Die sich abzeichnende Limitierung hat einen einzigen Vorteil, aber viele Haken und Üsen. Der Vorteil: es ist deutlich geworden, daß es offensichtlich keinen militärischen Zwang gibt, bestimmte Flugzeugkontingente in dieser Anhäufung in Erbenheim zu stationieren. Dieses "Argument" ist also weg.

Die Haken und Üsen aber bleiben: Die Belastung der Bevölkerung durch Lärm gegenüber der jetzigen Situation nimmt zu. Es gibt keinerlei rechtlich verbindliche Zusagen der US-Streitkräfte, daß es bei den geplanten 3 Hubschrauberstaffeln bleibt. Vielmehr besteht die große Gefahr, daß - wenn die Stationierung erst einmal vollzogen ist - die USA schrittweise die Zahl der Hubschrauber erhöhen, nachdem sie den Widerstand in der Bevölkerung gebrochen zu haben glauben. Die angekündigte Reduzierung wäre lediglich eine zeitliche Verzögerung und ein Manöver, um anstehende Termine zu überstehen, die der konservativen Bundesregierung unangenehm sein könnten! Es besteht der Verdacht, daß mit der Reduzierung Einfluß auf die im Herbst anstehende Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zur Klage des Landes Hessen - von der Bundesregierung wegen der geplanten Stationierung angehört zu werden - genommen werden soll. Eine der Voraussetzungen, daß die Anhörung zustandekommt, ist nämlich der Tatbestand einer "wesentlichen



Heidemarie Wieczorek-Zeul

Veränderung der Nutzung" des Flugplatzes. Die Bundesregierung, die diesen Tatbestand schon für die bisherigen Planungen bestreitet, würde die Reduzierung bei der geplanten Stationierung sicher gar zu gern zum Anlaß nehmen, weiterhin jede Anhörung der Landesregierung und der betroffenen Bevölkerung zu verhindern.

Die Bundesregierung soll sich vor der betroffenen Bevölkerung zu ihrer Verantwortung bekennen. Sie allein hat es in der Hand, den US-Streitkräften andere Lösungen zu empfehlen. Der Landesregierung die politische Mitverantwortung zuschieben zu wollen - wie das das Bundesverteidigungsministerium des öfteren versucht - ist politisch unehrlich. Ersatzstandorte zu suchen, ist nicht die Aufgabe der Landesregierung - der die Bundesregierung ja gerade die Anhörung verweigert -, sondern

der Bundesregierung, die über alle Informationen der militärischen Planungen der Amerikaner verfügt.

Wir werden weiterhin alles versuchen, die einzige Lösung - nämlich **keine** Reaktivierung in Erbenheim - durchzusetzen.

Einen wichtigen Schritt weiter hat uns dabei der Besuch des SPD-Bundestagsabgeordneten Erwin HORN (er ist Mitglied im Verteidigungsausschuß!) gebracht. Er hat sich kürzlich "vor Ort" informiert und dabei festgestellt, daß "der Erbenheimer Flugplatz für die Bevölkerung eine ungeheuerlich Belastung sei, die nicht hingenommen werden könne". Erwin HORN konnte sich im Gespräch mit Vertretern der BÜRGERINITIATIVE und Lokalpolitikern - unter ihnen auch die Ortsvorsteher aus Delkenheim und Nordenstadt sowie der Landtagsabgeordnete der SPD Herbert Schneider - davon überzeugen, daß es nirgendwo eine so starke Konzentration von militärischen und zivilen Flughäfen gebe als im Rhein-Main-Gebiet.

Erwin HORN versprach, sich dafür einzusetzen, daß die SPD-Bundestagsfraktion die Null-Lösung für Erbenheim übernimmt.

Und auch ich werde alles dafür tun, bei meinen künftigen Kolleginnen und Kollegen im Bundestag darauf hinzuwirken. Damit wären wir nämlich der Realisierung unserer Forderung nach der Null-Lösung ein Stückchen näher gekommen.

Heidemarie WIECZOREK-ZEUL

Kandidatin der SPD für den nächsten Bundestag

JUSO-GRUPPE Wiesbaden-Ost

Die Jungsozialistengruppe Wiesbaden-Ost ist vor einiger Zeit von Jugendlichen aus verschiedenen östlichen Vororten gegründet worden. Die Initiative ging von einigen Jugendlichen aus, die an einer politisch orientierten Arbeit interessiert waren.

Warum gerade im Osten Wiesbadens? Weil es hier bisher keinen Verein oder keine Organisation gab, in der Jugendliche politisch arbeiten konnten. Es bestand einfach das Bedürfnis vieler Jugendlicher, sich selbst in die scheinbar so unerreichbare Welt der Politik einzumischen und ihre Ideen kundzutun.

Welche Ideen und Vorstellungen haben die Jusos?

Die Jusos wollen sich unter anderem auch um den Umweltschutz kümmern. Umweltschutz: das meint nicht nur Diskussionen und Informationen über Ökologie, sondern ganz besonders die praktische Arbeit: Die Jusos haben vor, im östlichen Teil Wiesbadens Biotope zu errichten, zu pflegen und zu

erweitern. Gerade diese Naturgebiete stellen einen wichtigen Teil unseres schwer angeschlagenen Ökosystems dar.

Jedoch sollen auch aktuelle Themen nicht zu kurz kommen. Die Juso-Gruppe plant dazu des öfteren Informationsabende. Daneben sollen regelmäßig Freizeitabende stattfinden. Dabei geht es dann weniger um Politik als mehr um Spaß.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Ortsverein Nordenstadt

Presserechtlich verantwortlich:
Wolfgang Spangenberg, Fasanenweg 9

Redaktion:
Katrin Kiehne, Goethering 26
Annemone Lux, Flurstraße 10 a
Werner Wahler, Pommernstraße 45

Layout:
Sigurd Schneider, Pommernstraße 14

Druck:
Werkgemeinschaft Rehabilitation,
Köhlstraße 6, 6200 Wiesbaden

Wo erfahre ich Termine der Jusos? Die Jusos informieren die östlichen Vororte über die entsprechenden Lokalzeitungen oder über das jeweilige Blatt des Ortsvereins.

Dort erfährt man, wann sich die Gruppe wiedertrifft, welche Themen besprochen werden sollen und welche Aktionen stattfinden.

Wo trifft sich die Gruppe? Den Jusos steht momentan der Jugendraum des Breckenheimer Vereinshauses, Lerchenweg, zur Verfügung.

Also, wen unsere Arbeit interessiert oder wer sich mal ansehen will, was wir machen und planen, kann vorbeikommen oder meldet sich bei:
Kay HERUD, Altmühlstraße 8, in Breckenheim / Telefon 12507
oder bei:
Jan SCHMIDT, Zum Golzenberg 12, in Igstadt / Telefon 06121-502613.

Kay Herud

**KINDER IN NORDENSTADT-
SPIELPLÄTZE IN NORDENSTADT-
BEGUTACHTET
VON KINDERN**

Die FALKEN-Gruppe der 8 - 12 jährigen ging vor Beginn der Sommerferien durch Nordenstadt, um die Spielmöglichkeiten für ihre Altersgruppe in Nordenstadt anzuschauen, Mängel aufzuzeigen, aber auch Verbesserungsvorschläge zu machen.

Der Kerbeplatz hinter der Taunushalle ist eine schöne Freifläche für viele Spiele, wenn dort nicht eine Ansammlung von Hundehaufen und Scherben wäre. Wer rutscht schon gern z.B. beim Federballspielen in einem Hundehaufen aus? So wie auf dem Kerbeplatz sieht es leider auch auf den angrenzenden Grünflächen aus. Große Frage der FALKEN: warum können Hundebesitzer ihre Tiere nicht nur bestimmte Flächen beschmutzen lassen? Dagegen wäre nichts einzuwenden.

Der Bolzplatz wird als Fußballplatz gut genutzt. Ein wenig weiße Farbe für Feldmarkierungen würde den Platz attraktiver machen. Alternativ böte sich das Aufmalen einer Slalom-Strecke für Fahrräder an.

Auf den Steinflächen im Rasenteil neben dem Kerbeplatz hätten die FALKEN gern aufgemalte Hickelkästchen und Tischtennisplatten, auch dort, wo die zwei Schachgruppen plaziert sind.

Mit einem Volleyballnetz zwischen den Bäumen aufgehängt könnte man zu vielfältigen Ballspielen anregen. Der Spielplatz neben dem Bolzplatz macht - egal für welche Altersgruppe - keinen einladenden Eindruck!

Bilanz der FALKEN: Die Rutsche ist zu breit und damit gefährlich für kleine Kinder, sie ist außerdem verbeult. Ein Teil der Balken des



Holzgestells ist entzwei, Holzsplitter und Glasscherben sind im Sand zu finden. Eine Bank für Mütter (oder auch Väter!), die ihre Kinder beim Spielen aus einiger Entfernung im Blick haben möchten, fehlt auch. Die FALKEN wünschten sich für diesen Spielplatz eine Wippe; so ein Klettergerüst, wie auf dem Hortspielplatz, das wäre toll!!!

Während der Spielplatz am Bolzplatz nur von Jugendlichen als Treff und zum Skate-board-Fahren genutzt wurde, spielten beim Rundgang der FALKEN-Gruppe auf dem Spielplatz am Breckenheimer Weg einige Kinder. Die dort anwesenden Mütter wußten auf Anfrage gleich die Mängelliste der FALKEN zu ergänzen. So ist der Kletterturm aus Holz inzwischen nicht mehr standfest, früher gab es eine Spiel-Eisenbahn, einige Büsche am Spielplatz sind giftig, Einfassungen aus U-Steinen haben gefährlich scharfe Kanten (vielleicht waren diese einmal mit Holzbrettern abgedeckt?). Ober eine Sitzbank mit Lehne würden die Mütter sich sehr freuen! Die FALKEN meinten, daß auf diesem Spielplatz eine Wippe und ein Karussell Platz hätten.

Nach Meinung der FALKEN sind die besuchten Spielplätze - so wie sie jetzt sind - nicht gut zum Spielen. Einzig zum Sandspielen, Rutschen und Schaukeln eignen sich die Anlagen. Kinder ab 7 Jahren stehen dem Angebot schon etwas ratlos gegenüber, von Kindern zwischen 10 und 12 Jahren ganz zu schweigen.

Dabei sollten Spielplätze doch Kinder "anlocken", ein Treffpunkt zum Spielen sein.

G.J.

**SPD und AWO bei Wormser
Genossen zu Gast**

Bei makellosem Sommerwetter fuhr eine gemeinsame Gruppe von Mitgliedern der SPD und der Arbeiterwohlfahrt Nordenstadts nach Worms. Dort traf man sich mit Genossinnen und Genossen der dortigen Ortsvereine.

Unter sachkundiger und kurzweiliger Führung des Wormser Stadtentwicklungsdezernenten Wolfgang Grün machte man zunächst einen Stadtrundgang. Die Gruppe erfuhr dabei viel Wissenswertes aus Geschichte und Politik der Stadt Worms.

Dom, Lutherdenkmal aber vor allem der Jüdische Friedhof und die Synagoge mit dem Badehaus zeugen von der über viele Jahrhunderte herausragenden Bedeutung dieser Stadt.

Bei dem anschließenden gemütlichen Plausch mit Wormser Freunden der Arbeiterwohlfahrt und der SPD wurden Gedanken, Ideen und Anregungen zur Gestaltung von Veranstaltungen und politischer Mitwirkung ausgetauscht.

Herzliche Worte des Dankes im Namen der Nordenstadter SPD und AWO verband der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Wolfgang Spangenberg mit einer Einladung an die Wormser Freunde nach Nordenstadt. Man hofft, noch im Herbst dieses Jahres nach Nordenstadt kommen zu können.

Nach nur einstündiger Heimfahrt trafen die Ausflügler wieder in Nordenstadt ein, rechtzeitig, um noch kräftig beim Straßenfest mitfeiern zu können. Alle waren sich einig: es war ein lehrreicher und schöner Tag!

N.J.

SPORTWOCHE TUS NORDENSTADT

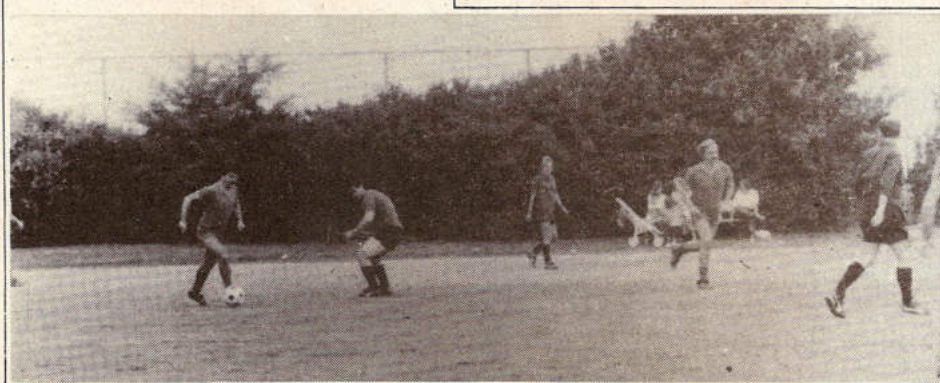
Vom 9. - 17. August 1986 fand die Sportwoche der Abteilung Fußball des TUS Nordenstadt statt. Organisiert von den "Alten Herren" ging es eine Woche lang rund um König Fußball. Für die Beliebtheit der Nordenstadter spricht, daß Gäste sogar aus Speyer zu diesem Turnier erschienen.

Ein besonderer Höhepunkt war das Spiel der Meisterschaftsmannschaft von 1965 gegen eine Länderauswahl.

Der Musikverein Nordenstadt begeisterte an diesem Abend genauso wie die "Alten Meister". Auch in der dritten Halbzeit zeigte man sich noch in Topform im selbst bewirteten Zelt bei erfrischenden Getränken und saftigen Steaks.

WH

NORDENSTADT AH I : AMÖNEBURG



Immer wieder behaupten die Gegner der Städtepartnerschaft Ocototal - Wiesbaden, in Nicaragua geschähen fortwährend Menschenrechtsverletzungen. Wischnewski und Klose bestätigen das in ihren Reiseberichten, aber sie gewichten klar und deutlich: während die oppositionellen Contras foltern, morden, plündern und vergewaltigen, behindert die sandinistische Regierung die bürgerliche Presse und sperrt mißliebige Kritiker gelegentlich für mehrere Tage ins Gefängnis, ohne richterliche Anhörung. Auch dies ist natürlich zu verurteilen.

Wenn aber - auf unsere Verhältnisse übertragen - in der Bundesrepublik ein den Contras ähnliche rechtsradikale Gruppe mit rund zweihunderttausend Bewaffneten umstürzlerisch operieren würde, wären längst der Verfassungsnotstand verfügt und die persönlichen Freiheitsrechte außer Kraft gesetzt. Aber die Ocototal-Gegner verlangen für Nicaragua auch unter solchen Notstandsbedingungen lupenreine Demokratie - und das, obwohl dieses Land bislang überhaupt noch keine demokratische Tradition aufbauen konnte, sich diesbezüglich also noch am Nullpunkt befindet.

Selbst amerikanische Offizielle halten die Contras für eine disziplinierte Räuberbande (vgl. "Time" vom 17.03.86). Vor allem unterstützt die Bevölkerung sie nicht - für Guerrillas tödlich. Kein Wunder, die Mehrzahl ihrer Anführer diente schon in der Nationalgarde des vertriebenen Diktators Somoza.

Wie Lateinamerika und auch die Philippinen zeigen, haben die USA den eigenen demokratischen Weg - zumindest für die Dritte Welt - leider nie als Exportartikel betrachtet. Auch Marcos ließen sie erst fallen, als es für die USA peinlich wurde, und in Haiti wurde der nicht mehr tragbare Duvalier nur gegen ein etwas milderer

Militärregime ausgetauscht. Wenn zur Wahl stand, mehr Demokratie bei weniger Kapitalismus oder Kapitalismus ohne Demokratie, hat sich unsere große westliche Vormacht noch stets für Letzteres entschieden. Im Bündnis mit den Geldeliten dieser Länder haben die USA immer wieder demokratische Entwicklungen in Lateinamerika zerstört und in den letzten hundert Jahren über fünfzigmal direkt militärisch dort eingegriffen. Verständnis und Einfühlungsvermögen in Probleme und Mentalität dieser Völker fehlt der US-Politik fast völlig. Sie ist allein auf wirtschaftliche Machterhaltung ausgelegt, wenn's sein muß mit militärischen Mitteln. Die revolutionären Guerillabewegungen in den so gedemütigten und ausgebeuteten Ländern sind eine Frucht dieser US-Politik. Für die Zukunft ist das Schlimmste, daß die demokratischen Mittelschichten allmählich zerrieben werden zwischen kapitalistisch-militärischen Oberschichten und revolutionären Guerrillabewegungen. Opfer dieser Entwicklung ist z.B. San Salvadors Christ-Demokrat Duarte, der leider auf verlorenem Posten steht.

Deswegen muß Europa Alfonsins Argentinien genauso mit friedlichen Mitteln unterstützen, wie die katholische Kirche in Chile oder San Salvador, oder eben das sandinistische Experiment in Nicaragua, das jedenfalls menschlicher, sozialer und demokratischer ist, als die jahrzehntelange von den USA wohlgeleitene Somoza-Diktatur. Wir Europäer müssen Gegengewichte schaffen gegen die verheerende Politik der USA in Lateinamerika. Eine demütige Haltung gegenüber unserem großen Bruder in Washington nützt den Menschen in Lateinamerika nichts, deshalb sind praktizierte Städtepartnerschaften, wie sie mit Ocototal angestrebt wird, sinnvoll und ein notwendiges Zeichen.

Th

Nach jahrelangen Bemühungen um die Errichtung einer Kleinsportanlage als notwendige Ergänzung der hiesigen Schule ist nunmehr im Etat 1987 der Stadt Wiesbaden für Nordenstadt ein Betrag in Höhe von DM 175.000 angewiesen worden. Dies ist ein erster wichtiger Schritt zur Verwirklichung dessen, was Pädagogen und Eltern hier vorschwebt: eine Kleinsportanlage vor Ort mit Möglichkeiten vielfacher Art, Grundschulern Sportunterricht zu vermitteln. Doch bis zum Baubeginn wird es noch etwas dauern. Für Maßnahmen dieser Art muß grundsätzlich eine Magistratsvorlage eingebracht werden. Da hier der schulische Bereich betroffen wird, ist die zuständige Schuldezernentin, Frau Goldmann, gefordert. Von Nordenstadter Seite aus wird sich der Ortsbeirat konkret mit diesem Projekt befassen müssen, um die tatsächliche Bereitstellung der Mittel zu bewirken und gegebenenfalls auch schon entsprechende Vorschläge zur Gestaltung unterbreiten zu können. Es wäre sehr erfreulich, wenn die Kleinsportanlage bereits im nächsten Jahr Wirklichkeit werden könnte!

AH

Ju eigener Sache!

Wie die aufmerksamen Leser der NORDENSTADT NACHRICHTEN sicher bemerkt haben, hat sich eine Änderung ergeben. Die NORDENSTADT NACHRICHTEN erscheinen künftig auf umweltfreundlichem Recycling-Papier. Ein Beitrag für die Zukunft unserer Umwelt auch von uns, auch wenn die Zeitung möglicherweise nicht mehr ganz so "neu" aussieht. Auf den Inhalt kommt's an.

NBW Volksbildungswerk Nordenstadt Erbenheim Delkenheim

HISTORISCHER ORTSRUNDGANG

Die Historische Werkstatt Nordenstadt, hervorgegangen aus einem vbw-Seminar des letzten Semesters, lädt ein zu einem Historischen Ortsrundgang, zum Entdecken und Wiederentdecken des alten Nordenstadts. Die Teilnehmer erfahren dabei zum Beispiel, wo sich einst die Dorfwirtschaften wie die Rose, der Löwe und der Grüne Wald befanden, wo der Stümpert, zugleich Arrestzelle und Aufwärmerquartier der Nachtwächter, war, und was es mit der Kaiserlinde auf sich hat. Der Treffpunkt wird bei der unbedingt erforderlichen Voranmeldung in der vbw-Geschäftsstelle bekanntgegeben. Telefon 06122-12918. Beginn: 4. Oktober 1986, 15 Uhr bis ca. 18 Uhr.

BURT NACH ERBENHEIM ?

Die Arbeitsgemeinschaft gegen die Reaktivierung des Flugplatzes Erbenheim will versuchen, den amerikanischen Botschafter R. Burt nach Erbenheim zu holen, um ihm "vor Ort" die Betroffenheit der in der Region lebenden Bevölkerung nahezubringen. Die Arbeitsgemeinschaft, der die Spitzenrepräsentanten der Stadt Wiesbaden, des Main-Taunus-Kreises, des Rheingau-Taunuskreises sowie Bürgermeister aus den umliegenden Gemeinden bis hin zur Stadt Mainz angehören, hat in einer Veranstaltung am 19. August 1986 im Bürgerhaus Erbenheims erneut für eine "Nulllösung" plädiert. Nach Aussagen eines Vertreters der Landesregierung wird zwar demnächst die Starrflüglereinheit Wiesbaden verlassen, an der Stationierung von über 100 Hubschraubern wird von den Amerikanern weiterhin festgehalten.

Kurz notiert

Der erst kürzlich gegründeten Jugend-Musikgruppe der evangelischen Kirchengemeinde hat der Hessische Finanzminister einen Zuschuß - zur Förderung der Jugendarbeit - in Höhe von DM 500 zur Verfügung gestellt. Die Jugend-Musikgruppe bedankt sich für diese Unterstützung.

ge

In der Diskussion wurde von den Bürgern immer wieder ein stärkerer Druck der Bundesregierung auf die Amerikaner gefordert. Sollte es tatsächlich gelingen, den amerikanischen Botschafter "vor Ort" zu bekommen, sollte man ihm auch den täglichen Flugbetrieb "lautstark" vorführen. Denn nur dann könnte er sich von der unerträglichen Belastung, die hier der Bevölkerung zugemutet wird, ein reales Bild machen. Mal sehen!

kk

Der verschwundene Spiegel!

Termine

Die Verkehrsteilnehmer, die die Kreuzung am "Frankfurter Hof" benutzen, mußten eines Tages mit Schrecken feststellen, daß der Verkehrsspiegel, der ihnen ein einigermaßen gefahrloses Befahren dieser Kreuzung ermöglichte, verschwunden war.

Nachfragen ergaben, daß er höchst amtlicherseits entfernt worden war. Wir haben hierüber bereits berichtet.

Massiver Protest von Seiten der betroffenen Bevölkerung - oder war es sogar eigene Einsicht - hat den Ortsbeirat veranlaßt, einstimmig die Wiederherstellung des alten, bewährten Zustandes zu fordern.

Das zuständige Wiesbadener Amt lehnte dieses Verlangen ab und schlug stattdessen eine Lösung durch geänderte Verkehrsführung (Einbahnstraßenregelung) für die betroffene Straße vor.

Neben den Erschwernissen für die autofahrenden Anwohner des nördlich des Wallauer Weges bzw. der Oberpfortstraße gelegenen Wohngebietes hätte dies für die Radfah-

rer aus Richtung Breckenheim kommend zwangsläufig die Folge, Hauptstraßen benutzen zu müssen, um z.B. in den Ortskern zu kommen. Andernorts werden - Gott sei Dank - endlich Fahrradwege gebaut und hier verspermt man einfach den Radfahrern den von ihnen viel benutzten Weg.

Der Ortsbeirat hat in seiner letzten Sitzung erneut einstimmig die Wiederanbringung des Spiegels gefordert.

Jetzt soll aber erst einmal - wie telefonisch bei der zuständigen Behörde zu erfahren war - zu einem Ortstermin eingeladen werden. Der Ortsbeirat vertritt die Interessen der hier ansässigen Bürger. Er hat wiederholt in dieser Angelegenheit eindeutig Stellung bezogen.

Wie verträgt sich das Verhalten der Verwaltung mit der so gewünschten und geforderten Bürgernähe.

Hoffen wir, daß durch den Ortstermin die "Ferne" der Behörde einer besseren Einsicht weicht.

al

- 30. August - 1. September 1986
Norschter Kerb 1986
- 07. September 1986
Kinderfest der SPD - ab 14 Uhr
Bolzplatz Taunushalle
- 13. September 1986
Picknick der SPD - ab 14 Uhr
in der Anlage des KZV
- 13./14. September 1986
Volleyball-Turnier TUS in
der Taunushalle
- 19. September 1986
Blutspendetermin DRK im Ge-
meindezentrum
- 04./05. Oktober 1986
Musikfest des MVN in der
Taunushalle
- 11. Oktober 1986
Bunter Abend des CBN in der
Taunushalle
- 17. Oktober 1986
Tanzabend des TUS in der
Taunushalle
- 18. Oktober 1986
Familienabend der FFN im Ge-
meindezentrum

Klaus Wagner in sein Amt eingeführt



K l a u s W A G N E R

Walkmühlstraße 61 E
6200 Wiesbaden

- geboren am 23. Mai 1941 in Wiesbaden
- 35 Jahre wohnhaft in Sonnenberg
- 9 Jahre Volksschule Sonnenberg
- 3 Jahre Verwaltungslehre bei der Stadtverwaltung Wiesbaden
- 3 Jahre Verwaltungsangestellter beim Versicherungsamt
- 3 Jahre Ausbildung für den gehobenen Verwaltungsdienst
- 23 Jahre Tätigkeit bei verschiedenen Abteilungen, Sachgebieten und Einrichtungen des Jugendamtes:
Verwaltungsabteilung, Jugendschutz-Sachbearbeiter, Jugendzentrum PUB, Abteilung Jugendpflege, zuletzt stellvertretender Stadtjugendpfleger und Sachgebietsleiter "Freizeithilfen und Einrichtungen"

dazwischen Studium der Sozialarbeit an der Fachhochschule Frankfurt am Main

Die Versetzung eines städtischen Beamten von einem Amt in eine andere geht gewöhnlich recht still über die Bühne, ist allenfalls Anlaß für eine Feier unter Kollegen. Da fällt es schon ein wenig aus dem Rahmen, wenn der neue Leiter der Ortsverwaltungen von Delkenheim und Nordenstadt, Klaus WAGNER, von Oberbürgermeister Achim Exner persönlich in sein Amt eingeführt wird. Bei dem kleinen Empfang am 6. August im Nordenstadter Gemeindezentrum, zu dem er die Mitarbeiter der beiden Ortsverwaltungen, die anderen Verwaltungsstellenleiter sowie die Ortsvorsteher, die Fraktionssprecher der beiden Ortsbeiräte und die Vereinsvorsitzenden eingeladen hatte, betonte Achim Exner, damit solle die Bedeutung des Amtes unterstrichen werden. Es gehe nicht nur um Verwaltung, sondern auch um Arbeit in der Öffentlichkeit, um die Kontakte zu Vereinen und Verbänden, um Bürgernähe.

Regina Maaß, Ortsvorsteherin von Delkenheim, und ihr Nordenstadter Kollege Dr. Siegfried Brill begrüßten den neuen Verwaltungsstellenleiter im Namen der Ortsbeiräte. Sie drückten den Wunsch nach guter Zusammenarbeit aus. Das sei natürlich auch ein politischer Wunsch; die Ortsverwaltungen stellen ein wichtiges Instrument in dem Bemühen der Ortsbeiräte dar, das Konzept der Dezentralisierung voranzutreiben. Bürger sollen mehr als bisher die Möglichkeit erhalten, über ihren Stadtteil mitzubestimmen.

Klaus Wagner versicherte, daß er sein Amt "überparteilich, aber parteilich für die Belange der Nordenstadter und Delkenheimer" wahrnehmen wolle. Er werde, so

erklärte er in Abwandlung des bekannten Lutherwortes, "den Leuten aufs Maul schauen, aber ihnen nicht unbedingt nach dem Mund reden".

Nicht feierliche Reden bestimmten jedoch letztlich die kleine Feier, sondern das lockere Gespräch, bei dem sich so mancher Kontakt knüpfen ließ.

Die NORDENSTADT NACHRICHTEN wünschen Klaus Wagner viel Erfolg bei seiner neuen Tätigkeit!

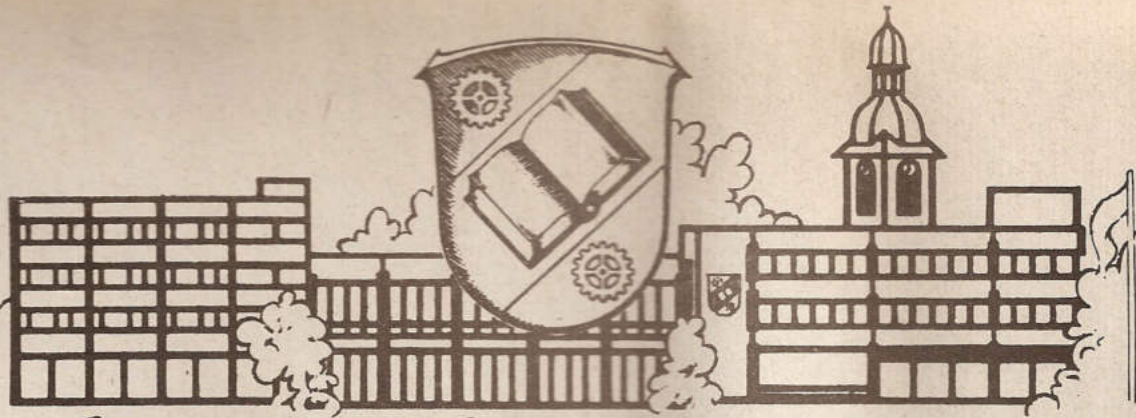
NEUE BUSLINIE 42 zum BAHNHOF

Mit Beginn des neuen ESWE-Fahrplans ist eine weitere Verbesserung des Angebotes eingetreten. Eine seit langem erhobene Forderung, nämlich die direkte Anbindung Nordenstadts an den Hauptbahnhof, wurde mit der Einrichtung der Linie 42 verwirklicht. Trotz aller Freude darüber, bleibt es unverständlich, daß das einwohnerstarke Gebiet um den Westring von dieser Verbesserung ausgespart wurde.

Die um den Westring wohnenden Busbenutzer werden also weiterhin entweder auf die in Verkehrsspitzenzeiten nur alle 20 Minuten fahrende Linie 25 warten müssen oder den weiten Weg zur nächsten Haltestelle mit dem verbesserten Verkehrsangebot zurückzulegen haben.

Ein weiterer Nachteil - die Einbahnrichtung: morgens hin - doch wie zurück?

Es wäre wünschenswert, wenn die ESWE-Planer hier schnellstens eine Änderung herbeiführten. WW



Nordenstadt-Nachrichten

10. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

Okt./Nov. 1986

Neues von der Turmstraße 9-11

In seiner jüngsten Sitzung befaßte sich der Ortsbeirat erneut mit dem Vorschlag, die Gebäude Turmstraße 9 und 11 einer neuen Nutzung zuzuführen.

Eine Arbeitsgruppe des Ortsbeirats, zu der alle interessierten Vereine hinzukommen konnten, erarbeitete unter dem Vorsitz von Ortsvorsteher Dr. Siegfried Brill in mehreren Sitzungen einen Nutzungsvorschlag mit folgenden Elementen:

Ausgehend von der Feststellung des Hochbauamtes, daß die Gebäudesubstanz des Anwesens Turmstraße 11 erhaltenswürdig und -fähig ist, spricht sich die Arbeitsgemeinschaft für den Erhalt aus. Beide Gebäude - Nr. 11 und Nr. 9 (altes Feuerwehrgerätehaus) - sollen für kulturelle und soziale Zwecke, insbesondere durch örtliche Ver-

eine und Verbände, und die Errichtung eines Heimatmuseums nutzbar gemacht werden. Bei der Realisierung geht man von einer angemessenen Eigenleistung der Vereine aus. Interesse an einer Nutzung haben bisher gezeigt: Bürgerforum, der Carneval- und Brauchtumsverein, das DRK, die Freiwillige Feuerwehr, der Männergesangverein, Die FALKEN, das Volksbildungswerk Nordenstadt-Erbenheim-Delkenheim und der Verein Historische Werkstatt.

Ober den Zweck einer Nutzung durch örtliche Vereine und Verbände hinaus wird im Erhalt der genannten Gebäude ein Aspekt der Ortsentwicklung gesehen. Turmstraße 9 und 11 befinden sich am Schnittpunkt von altem und neuem Ortsteil. Sie liegen unmittelbar im Umfeld der

Kirche und des restaurierten Fachwerkhäuses in der Turmstraße und bilden dadurch eine bauliche Gesamtheit, die diesen Ortsteil prägt. Es ist demnach sowohl inhaltlich als auch aus der Sicht der Ortsentwicklung wünschenswert, die Gebäude zu erhalten.

Nach eingehender Diskussion beschloß der Ortsbeirat gegen die Stimmen der CDU, die sich zwar nicht gegen den Inhalt des Antrages, aber gegen das vorgeschlagene Verfahren wandte, diesem Konzept zuzustimmen und die Stadt aufzufordern, einen baulichen und finanziellen Planungsrahmen zur Verwirklichung zu entwickeln.

Wir werden weiter darüber berichten.

Eine Region wehrt sich!

Zum Auftakt der kirchlichen Friedensdekade rufen kirchliche und weitere Friedensinitiativen zu einer Menschenkette am Flugplatz Erbenheim auf.

►Treffpunkt◄

Sonntag 9. November 1986 14 Uhr

im Gewerbegebiet
Nordenstadt

Auf seiner Gesprächs- und Informationsreise durch Hessen war der Spitzenkandidat der SPD für die Bundestagswahl - Volker HAUFF - am 17. Oktober 1986 einer Einladung der Wiesbadener SPD-Bundestagskandidatin Heidemarie WIECZOREK-ZEUL in die Taunushalle gefolgt, um mit Vertretern der Bürgerinitiative gegen die Reaktivierung des Erbenheimer Flugplatzes zu diskutieren.

Da seitens der Bundesregierung einer Reaktivierung nicht entgegen gewirkt, sondern nur eine Stillhaltetaktik mit Blick auf die Bundestagswahl im Januar verfolgt wird, war es für die Vertreter der BI und für den ebenfalls anwesenden Oberbürgermeister Achim EXNER wichtig, daß sich Volker Hauff eindeutig gegen die Reaktivierung des Flugplatzes aussprach. Damit hat sich nicht nur der SPD-Obmann im Bundestag, Erwin HORN, sondern mit Volker Hauff der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion im Sinne der betroffenen Bürger geäußert; Volker Hauff hat zugesagt, seiner Auffassung in der gesamten SPD-Fraktion Geltung zu verschaffen.

Weder die ins Gespräch gebrachte Reduzierung der Fluggeräte von 180 auf 100, noch die finanziellen Konsequenzen einer solchen Umlegung sind bisher durch Stellungnahmen der Bundesregierung

Verkehrsplanung für Nordenstadt

Bereits in der Ausgabe August / September 1985 berichteten wir in den NORDENSTADT NACHRICHTEN, daß Bewegung in die Umgehungsstraßendiskussion, d.h. Westringanschluß an die Kreisstraße, neues Gewerbegebiet an der Autobahn mit Weiterführung des Westrings bis zum Autobahnanschluß, gekommen sei.

Fangen wir bei dem leidigen Thema des Westringanschlusses an: Hier stellt sich das Problem, daß die Stadt Wiesbaden die Kosten für den Anschlußausbau voll tragen müßte, weil es hier keine Anlieger gibt (die Landwirte kann man hier ja nicht dafür noch bestrafen, daß sie noch Ackerland besitzen). Also wird dieses Projekt offenbar geschoben, zumal auch während der CDU-Mehrheitszeit die Planungen dazu nicht eingebracht wurden. In diesem Zusammenhang müssen die Ausführungen von Stadtrat Berlitz anläßlich des "Gesprächs mit dem Bürger" am 16. Oktober 1986 in Nordenstadt aufgegriffen werden, daß die Stadt über das Gemeindefinanzierungsgesetz für dieses Projekt Zuschüsse bekommen könnte. Hier sind unsere Ortspolitiker gefordert, die Stadt zu drängen, Verhandlungen mit dem Land darüber aufzunehmen.

Die Umgehungsstraße durch das neu ausgewiesene Gewerbegebiet ist ohne ausgebautem Autobahnanschluß und auch ohne Westringverlängerung sinnlos und eher problemverstär-

VOLKER HAUFF in Nordenstadt!



Volker Hauff

geklärt. Ober die Reduzierung selbst ist keineswegs verbindlich mit den Amerikanern verhandelt worden.

Für besonders bedenklich hält es Volker Hauff, daß die Untersuchungsergebnisse der Bundesanstalt für Flugsicherung über die Auswirkungen des sogenannten Probebetriebes in Erbenheim auf den Rhein-Main-Flughafen offensichtlich wegen der Brisanz der Ergeb-

kend. Die Planungen zum Ausbau des Autobahnknotens liegen dem Magistrat - so Stadtrat Berlitz - nun zur Entscheidung vor.

Selbst wenn die von Bund und Land propagierte Einheit zwischen dem Autobahnanschluß und der Verbreiterung der A 66 beibehalten wird, wäre mit einem Baubeginn nicht vor 1995 (!) zu rechnen. Das ergibt sich aus dem von der Bundesregierung erarbeiteten Bundesfernstraßenplan.

So gesehen ist die neu entbrannte Diskussion um eine Verbreiterung der A 66 nicht verständlich und lenkt - wenn im Nordenstadter Ortsbeirat geführt - vom eigentlichen Problem ab.

Unser Problem ist nämlich die Verteilung des Durchgangsverkehrs

WOHIN MIT DEM SPERRMÜLL ??

Im "Gespräch mit dem Bürger" mit Stadtrat Dieter Berlitz wurde wieder einmal deutlich, daß zu wenig Nordenstadter wissen, daß sie ihren Sperrmüll eigentlich ganz einfach loswerden können. Anruf genügt! 5 DM bereithalten! Ein Anruf beim Stadtreinigungsamt

Telefon 06121 - 318827

einen Termin vereinbaren - und Ihr Sperrmüll wird für 5 DM abgeholt.

Es ist also gar nicht nötig, daß Kühlschränke, Betten und ähnliches an den Glas- oder Papiercontainern abgeladen werden!

In diesem Zusammenhang eine Bitte an die Orts- oder Stadtverwaltung: Ein Aufkleber an den Papier- und Glascontainern mit dem Hinweis auf Sperrmüllabholung und den Terminen des Sondermüllfahrzeuges könnte dazu beitragen, daß mehr Leute von den Möglichkeiten Kenntnis nehmen und sie auch nutzen!

nisse bisher nicht veröffentlicht aber auch nicht an staatliche Stellen zur Einsicht gegeben wurden. (Oder stimmt es gar, daß die Einstellung der Untersuchung angeordnet wurde?)

Da der Petitionsausschuß des Bundestags seinen angekündigten Lokaltermin in Erbenheim abgesagt hat, will jetzt Oberbürgermeister Exner anregen, daß die regionale Arbeitsgemeinschaft gegen die Reaktivierung (Wiesbaden, Mainz, Main-Taunus-Kreis, Rheingau-Taunus-Kreis) in Bonn vorstellig wird, um die ungeklärten Fragen anzusprechen und die Position der Parteien für oder gegen die Reaktivierung offenzulegen. Nach Mitteilung des SPD-Abgeordneten Rudi SCHMITT werden die SPD-Mitglieder des Petitionsausschusses nach Erbenheim kommen - unabhängig von den anderen Ausschußmitgliedern.

Es gibt keine militärische Notwendigkeit, aus Erbenheim einen Hubschrauberflugplatz zu machen. Die Konsequenz aus dieser Feststellung kann für Volker Hauff deshalb nur NULL-LÖSUNG für Erbenheim heißen. Heidemarie Wiczorek-Zeul und Volker Hauff sind überzeugt, daß dies auch die Auffassung einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung wäre.

jen

bzw. seine Verlagerung auf Umgehungsstraßen. Unser Problem ist die Belastung des Hessenrings und die bislang viel zu wenig aufgegriffene Verkehrsproblematik im Wallauer Weg und in der Oberpfortstraße.

Hier helfen uns die taktischen Spielchen der CDU, jetzt einen Abbau der A 66 zu fordern, wenig weiter. Wenn es uns nämlich nicht gelingt, in absehbarer Zeit Umgehungsmöglichkeiten zu bekommen, d.h. in erster Linie den Anschluß Westring - Kreisstraße, müssen sofort innerörtliche Verkehrsberuhigungsmaßnahmen getroffen werden!

Es sei hier eine Bitte an die zuständigen Gremien und Ämter ausgesprochen: Man kann Probleme so groß machen, daß sie unlösbar werden. Jetzt muß aber etwas getan werden!

Wolfgang Spangenberg

AMPELANLAGE NOCH 1986

Nachdem Oberbürgermeister Achim Exner am 12. August 1986 beim "Nordenstadt Gespräch" der SPD die Nachricht im Gepäck hatte, daß die Fußgängerampel für den Oberweg an der Kindertagesstätte Hessenring bald grundsätzlich gebaut werden könne, präzisierte Stadtrat Dieter Berlitz diese Ankündigung nun. Bei seinem Besuch anläßlich des vom Ortsbeirat Nordenstadt durchgeführten "Gesprächs mit dem Bürger" sagte Stadtrat Berlitz zu, daß die Lichtzeichenanlage noch in diesem Jahr installiert sein werde - sofern nicht besonders schwierige Witterungsbedingungen die Bauarbeiten beeinträchtigen. Die NORDENSTADT NACHRICHTEN freuen sich, daß damit einer langjährigen Forderung des Ortsbeirats endlich entsprochen wird.

jn



5 JAHRE FALKEN- Kindergruppe in Nordenstadt

Vor 5 Jahren meinten einige Nordenstadter Eltern, daß das Freizeitangebot für Kinder in Nordenstadt sehr dürftig ist. Um dies zu ändern, gründeten sie zusammen mit ihren Kindern die FALKEN-Gruppe Nordenstadt.

Die FALKEN-Gruppen sind die Kindergruppen im Verband der Sozialistischen Jugend Deutschlands, einer unabhängigen allerdings der SPD nahestehenden Jugendorganisation in der Bundesrepublik.

Ziel der Arbeit der FALKEN ist das Erkennen der Lebensumwelt der Kinder in unserer Gesellschaft und der Versuch, diese Umwelt kinderfreundlicher zu gestalten.

Vor 5 Jahren begannen 10 Kinder sich zu einer Gruppe zusammenzufinden; nach einem halben Jahr führen bereits 18 Kinder ins erste Pfingstzeltlager. Inzwischen zählt die Gruppe mehr als 60 Mitglieder, die Gruppenstunden mußten auf zwei Gruppen aufgeteilt werden. Wenn es räumlich möglich wäre, müßte bereits eine dritte Gruppe gebildet werden.



Die FALKEN feiern ihr 5 Jahres-Jubiläum - ein Grund zum Fröhlich sein.

Zeltlager zu Pfingsten und in den Sommerferien, Ausflüge, Besuche in Betrieben, Spielen, Singen, Basteln, Werken, das Sprechen über eigene Sorgen, aber auch das Kennenlernen der Nöte anderer Menschen irgendwo auf unserer Erde stehen auf dem Programm der Gruppenarbeit.

Daß Solidarität bei den Nordenstadter FALKEN kein leeres Schlag-

wort, sondern ein Grundsatz des Zusammenlebens ist, der ständig aufs Neue in der Gruppe erfahren werden muß, indem auch der Schwächere Anerkennung und Hilfe erhält, haben die FALKEN auf ihrer viertägigen Fahrradtour in den Herbstferien erneut bewiesen.

5 Jahre FALKEN in Nordenstadt - ein Grund zum Feiern!

G.J.

"Horchem"

Hindenburg-Brunnen steht - wenn auch vom Zahn der Zeit angeknabbert - an der Fassung des Brunnens in der Stolberger Straße. Alt-Nordenstadter nennen ihn nur "Horchem". Gleich hinter dem Brunnen fingen früher einmal die Weinberge an.

Neben der alten Wasserstelle (früher Ecke Stolberger Straße / Geisbergweg), wohin die Gänse geführt wurden, war der Brunnen, der früher eine andere Fassung besaß, Wasser-Spiel-Stelle für die Nordenstadter Kinder. Das Wasser wurde auch getrunken; das jetzige Schild am Brunnen "kein Trinkwasser" ist keine Aussage über die Qualität des Brunnenwassers, sondern besagt nur, daß das Wasser nicht regelmäßig kontrolliert wird und deshalb nicht als Trinkwasser freigegeben ist.

Die alte Linde am Brunnen, in letzter Zeit durch Sturmschäden etwas zerzaust, dürfte zu Beginn dieses Jahrhunderts gepflanzt sein. Wann der Brunnen, der in alten Karten - schon 1609 in der Karte von Dilich - mit Horchem bezeichnet ist, den Namen Hindenburg erhalten hat, ist nicht belegt. Wahrscheinlich erhielt er diesen Namen in den dreißiger Jahren; im Sprachgebrauch Nordenstadts blieb er allerdings immer der Horchem.

Wer kann sich an die Namensgebung "Hindenburg-Brunnen" erinnern? Die HISTORISCHE WERKSTATT Nordenstadt ist für Informationen darüber ebenso dankbar wie über andere alte Bilder vom Brunnen.

JG

HERBERT SCHNEIDER wieder Kandidat



Mit großer Mehrheit wurde der SPD-Landtagsabgeordnete Herbert Schneider von den Delegierten der Wahlkreis-Konferenz der Sozialdemokratischen Partei zum Landtagswahlkandidaten für den Wahlkreis 31 nominiert. Damit ist Herbert Schneider erneut Kandidat der SPD für die Wiesbadener Stadtteile: Biebrich mit Gräselberg und Waldstraße, die AKK-Gemeinden Amöneburg, Kastel und Kostheim, Erbenheim, Igstadt, Kloppenheim, Delkenheim, Breckenheim, Medenbach, Auringen, Naurod und Nordenstadt.

Als Ersatzkandidatin für diesen Wahlkreis wurde die Ortsvorsteherin aus Delkenheim - Regina Maaß - gewählt.

Der Termin für die Landtagswahl 1987 steht noch nicht endgültig fest, es wird mit großer Wahrscheinlichkeit im September gewählt werden.



Unser Bild zeigt den HORCHEM in einer Aufnahme, etwa 1960 entstanden

Umweltschutztag der Norddeinstädter Jugendfeuerwehr.

*„aus dem
Schulleben
in Nordenstadt!“*



Die Jugendfeuerwehr Nordenstadt leistete am 25. Oktober 1986 einen aktiven Beitrag für den Umweltschutz. Ungefähr 20 Jugendliche griffen zu Spaten, Forke und Schaufel und richteten die Grünzone im Bereich des Gemeindezentrums neben dem Feuerwehrgerätehaus wieder her. Boden wurde gelockert, Wildkräuter ausgezogen, Beete für Neupflanzungen vorbereitet.

Diese Aktion war nur der Einstieg in die nun langfristig übernommene Verpflichtung, dieses Gelände in Ordnung zu halten und darüber hinaus auch in anderen Grünbereichen, z.B. durch das Anbringen von Nistkästen, sich an Erhaltungsmaßnahmen von Natur und Umwelt zu beteiligen. "Wir müssen lernen, mit der Natur vernünftig umzugehen", sagte Jugendfeuerwehrwart Klaus Dieter JUNG in seiner zusammenfassenden

Bilanz dieser Aktion in Anwesenheit von Stadtjugendfeuerwehrwart Peter MUTTKE, Wehrführer Herbert KURZHALZ und Ortsvorsteher Dr. Siegfried BRILL. Peter Muttke beglückwünschte anschließend die Nordenstadter zu ihrer Maßnahme und forderte dazu auf, auch künftig auf diesem Gebiet aktiv zu bleiben. Ortsvorsteher Dr. Brill stellte die Bedeutung solcher Aktionen zur Schärfung des Bewußtseins der Jugend für Umweltfragen heraus und überreichte dem Jugendfeuerwehrwart Klaus Dieter Jung einen Scheck, mit dem die Jugendarbeit der Feuerwehr Nordenstadts auch in diesem Bereich finanziell unterstützt werden soll. Zusammen mit den Ortsbeiratsmitgliedern Rainer Pfeifer und Nils Jensen setzte man sich dann noch zu einem abschließenden Erfahrungsaustausch zusammen.

N. J.

Johannes Rau: Bis 2.500 DM nicht mehr zum Finanzamt

Die Enttäuschung über die Steuersenkung 1986 ist groß. In vielen Arbeitnehmerfamilien reicht sie kaum aus, um die gestiegenen Beiträge zur Krankenversicherung auszugleichen. Das nennt die Bundesregierung die "größte Steuersenkung aller Zeiten". Dennoch wollen CDU/CSU und FDP diesen falschen Weg beschleunigt weitergehen. Bei der zweiten Stufe der Steuersenkung 1988 sollen Spitzenverdiener jährlich um 4.138 DM entlastet werden, die Bezieher von Einkommen bis 36.000 DM dagegen um keinen Pfennig. Aber das ist CDU/CSU und FDP immer noch nicht genug. In einem nächsten Schritt wollen sie den Spitzensteuersatz von derzeit 56% auf 50% oder darunter senken.

So darf es in der Steuerpolitik nicht weitergehen. Das wäre weder sozial gerecht noch leistungsgerecht.

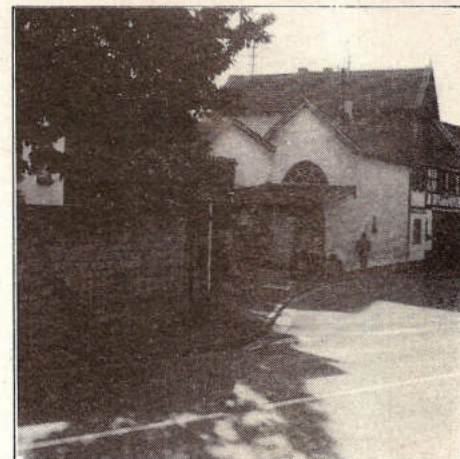
Daher werde ich als Bundeskanzler dafür sorgen, daß die ganz kleinen Veediener in Zukunft überhaupt nichts mehr mit dem Finanzamt zu tun haben: Ab dem 1. Januar 1988 soll eine Arbeitnehmerfamilie mit zwei Kindern monatlich etwa 2.500 DM verdienen können, ohne einen Pfennig Lohnsteuer zu zahlen. Ledige mit einem Einkommen bis etwa 47.000 und Familien mit einem Einkommen bis etwa 94.000 DM im Jahr sollen steuerlich stärker entlastet werden als nach den Beschlüssen der derzeitigen Bundesregierung vorgesehen.

Und noch ein Wort zur Schulhofverschönerung. Die im Frühjahr und Frühsommer mehrmals wegen schlechter Witterungsverhältnisse verschobene Malaktion (wir berichteten darüber) konnte erfreulicherweise doch noch in diesem Jahr begonnen werden. Das schöne Wetter in den Herbstferien spornte einige unermüdete Mütter und Lehrerinnen an, den grauen Asphalt des Schulhofes mit farbigen Motiven zu verschönern.

Nicht nur zur Freude der Kinder!

al

„Der verschwundene Spiegel“



Manchmal nützt Protest doch etwas! Der "verschwundene" Spiegel ist wieder da (Ecke Wallauer Weg / Breckenheimer Weg / Oberpfortstraße)

Ein Gang durch Nordenstadts Geschichte

Zwei Monate ist er alt, der Verein "Historische Werkstatt Nordenstadt". Noch ist die Mitgliederzahl recht gering, aber es wurde schon eine Menge Forschungsarbeit geleistet. Anfang Oktober stellten die Mitglieder die ersten Ergebnisse bei einem historischen Ortsrundgang vor. Die Veranstaltung fand im Rahmen der Arbeit des Volksbildungswerkes Nordenstadt-Erbenheim-Delkenheim statt.

Sehr erfreulich war die hohe Beteiligung von Neubürgern an diesem Rundgang. Doch nicht nur für diese Gruppe, auch für die Altingesessenen war es ein Neuerleben ihres Ortes. Erinnerungen wurden wach, längst Vergessenes wurde wiederentdeckt und natürlich tauchten viele neue Fragen auf, die zur Weiterforschung anregen.

Selbstverständlich konnten die "Führer" noch nicht alle Fragen erschöpfend beantworten, denn sie stehen ja erst am Beginn ihrer Arbeit. Sie konnten den Teilnehmern zeigen wie groß Nordenstadt bis kurz vor der Jahrhundertwende war, bevor die erste große Ausweitung des bebauten Gebietes begann. In den Straßennamen Oberpfortstraße und Grabenweg kann man diese alte Ortsbegrenzung noch wiedererkennen. Stationen des Rundgangs waren unter anderem die Kirche und der Kirchhof, die Schule bzw. der Standort der alten Schule, der Horchem (als Hindenburg-Brunnen heute bekannt), das Rathaus, das Pfarrhaus.

Da sich eine Arbeitsgruppe mit einem Sozialquerschnitt Nordenstadts um ca. 1900 beschäftigt, konnten auch auf diesem Gebiet einige Informationen gegeben werden. Besonders beeindruckend war die Zahl der ehemaligen Gaststätten in Nordenstadt, Zeichen

KZV erhielt Zuschuß für Vereinsarbeit

Einen 15.000.- DM schweren Briefumschlag übergab Stadtrat Berlitz dem Vorsitzenden des Kleintierzuchtvereins, Winfried Schreiner, im Rahmen der Veranstaltung "Gespräch mit dem Bürger" am 16. Oktober 1986.

Nachdem zwischenzeitlich der Zugang zur KZV-Anlage durch städtische Mitarbeiter befestigt worden war, kann nunmehr mit dem finanziellen Zuschuß der Stadt die Finanzierungslücke bei der Anlage der Kleintierzuchtanlage verkleinert werden.

Mit Genugtuung ist festzustellen, daß nach mehreren vergeblichen Anläufen des Vereins seit 1982(!) nun nach intensivem Bemühen des Stadtverordneten Paul Hüllenhütter,



Zum Thema

Hundekotsammelbehälter

In seiner jüngsten Sitzung beschloß der Ortsbeirat, den Magistrat aufzufordern, "in Nordenstadt einen Modellversuch mit Hundekotsammelbehältern durchzuführen".

einer wichtigen gesellschaftlichen Funktion in einer Zeit, als es noch keine Taunushalle und vor allem kein Pantoffelkino gab. Von ehemals 7 Gasthöfen hat sich jedoch als einziger der "Frankfurter Hof" erhalten.

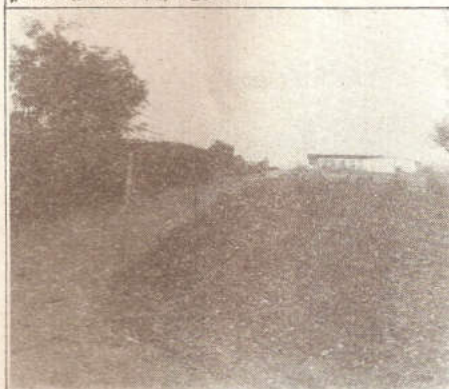
An dieser Stelle noch einige Informationen: Die Mitgliedschaft des Vereins setzt sich zusammen aus Alt- und Neubürgern, was eine besonders erfreuliche und befruchtende Zusammenarbeit ergibt. Der Verein bittet natürlich alle Alt-Nordenstadter herzlich um Informationen und Unterstützung bei seiner Arbeit. Er ist sehr intensiv um den Aufbau eines Fotoarchivs bemüht. Kontaktadresse: 1. Vorsitzender Prof. Dr. Klaus Slapnicar, Pommerstraße 65, Telefon 6764.

G.W.

unter anderem auch beim Oberbürgermeister Achim Exner, der Verein ein "offenes Ohr" fand und der hoch zu würdigende Idealismus der Vereinsmitglieder eine weitere sichtbare Unterstützung erfahren hat.

N.J.

"Trockenen Fußes..."



PLATZ FOR JEDES KIND ?

April 1981: Einweihung der neuen Kindertagesstätte an der Heerstraße. Strahlende Gesichter. Endlich sollte die Zeit der Unterversorgung an Kindergartenplätzen für Nordenstadt vorbei sein. "Nur noch neun Kindern muß eine Aufnahme in diesem Jahr versagt bleiben"- berichteten die NORDENSTADT NACHRICHTEN in der entsprechenden Ausgabe 1981! Doch diese optimistischen Aussichten sind zwischenzeitlich der berühmte Schnee von gestern.

Nur 5 Jahre später beschäftigt der Ortsbeirat sich erneut mit einem Fehlbedarf an Kindergartenplätzen für Nordenstadt. "Der Ortsbeirat fordert die Schaffung weiterer Kita-Plätze in Nordenstadt entsprechend dem vorhandenen Bedarf." So sein Beschluß vom 10. September 1986!

Diese Forderung wird unterstrichen durch den vom Jugendamt bereits 1985 in seinem Kindertagesstättenbericht für Nordenstadt prognostizierten Fehlbedarf. Diese Forderung kann auch nicht durch einen Hinweis des Sozialdezernats abgeschwächt werden, in anderen Stadtteilen bestehe eine noch größere Versorgungslücke.

Insofern ist die Forderung des Ortsbeirats zu begrüßen und zu unterstützen, daß "dabei auch provisorische Maßnahmen für eine Übergangszeit (z.B. Pavillons) und Möglichkeiten einer Kooperation mit freien Trägern zu prüfen" sind. "Im Zuge der Bauleitplanung soll auf entsprechende Flächenausweisung geachtet werden."

Ich denke, daß der Ortsbeirat sich mit seinem Beschluß auf dem richtigen Weg befindet, er aber in Zukunft noch vehementer für die Schaffung neuer Kita-Plätze eintreten muß. Die Bautätigkeit in Nordenstadt ist noch lange nicht abgeschlossen und der Zugang gerade junger Familien mit kleinen Kindern wird die Nachfrage nach Kita-Plätzen eher noch verstärken!

kk

"Ich komme zwar mit leeren Händen, dafür kann ich hier aber fest zusagen, daß die Stadt mit dem Haushalt 1986 auch eine neue Beschallungsanlage für diese Halle finanzieren wird." Mit diesen Worten kündigte Oberbürgermeister Achim Exner anläßlich des Festes zum 10-jährigen Bestehen der Taunushalle vor einem Jahr das Ende der Zeiten unzureichender Lautsprecheranlage der Halle an. Inzwischen ist die Anlage installiert worden und arbeitet zur Zufriedenheit aller als hörbares Zeichen einer aktiven Vereinsförderung durch die Stadt.

3 Sekunden für die Sicherheit!!

Vor über einem Jahr forderte der Ortsbeirat, Fuß- und Radüberwege sicherer zu machen. In der Folge dieses Beschlusses stehen nun an den Ausfallstraßen Schilder, die mit dem Hinweis auf einen kreuzenden Radweg für 200 m die Geschwindigkeit auf 60 km/h beschränken (wo sonst meist 80 km erlaubt sind). Nun heißt es plötzlich, so ein (abgelehnter) CDU-Antrag im Ortsbeirat, das sei den Autofahrern nicht zuzumuten.

Warum eigentlich nicht? Als Fußgänger oder Radfahrer eine bevorrechtigte Landstraße zu überqueren, ist nie ungefährlich. Auf freier Strecke sind Geschwindigkeiten schwer abzuschätzen. Eine Geschwindigkeitsreduktion stellt einen großen Sicherheitsgewinn dar. Auf ihn sollte man nicht verzichten.

200 Meter mit 60 km/h durchfährt man in 12 Sekunden; bei 80 km/h sind es 9 Sekunden!

Drei Sekunden für die Sicherheit sollten uns nicht zuviel sein.

Anmerkung: Viele Autofahrer vermissen ein Schild, das die Geschwindigkeitsbegrenzung wieder aufhebt. Ein solches Schild ist aber nicht nötig. Die Zusatzbeschilderung (200 m, Radweg kreuzt) bedeutet, daß die Beschränkung nach 200 m endet.
S.B.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich:
Wolfgang Spangenberg, Fasanenweg 9
Redaktion:
Katrin Kiehne, Goethering 26
Annemone Lux, Flurstraße 10 a
Werner Wahler, Pommernstraße 45
Layout:
Sigurd Schneider, Pommernstraße 14
Druck:
Werkgemeinschaft Rehabilitation,
Köhlstraße 6, 6200 Wiesbaden

Die letzte Sitzung war kurz nach 22 Uhr zuende. Ich bin darüber sehr froh. Nicht nur, weil endlich wieder mal Zeit war, nach der Sitzung ein Bier trinken zu gehen. Das ist natürlich eine angenehme Nebenpflicht. Etwas anderes ist wichtiger: Der Verzicht auf endlose Redeschlachten, rasches Herbeiführen von Entscheidungen macht die Arbeit des Ortsbeirates bürgernäher. Diesmal blieben die Besucher größtenteils bis zum Schluß da. Und es zeigte sich, daß in zweiundeinhalb Stunden eigentlich viel Zeit ist für Informationen, für Fragen und Anregungen aus der Bürgerschaft und für die Entscheidung über Anträge.

Die bedeutendste Entscheidung ist sicherlich die über die Erhaltung und künftige Nutzung des Anwesens Turmstraße 11. Darüber wird auf der Titelseite gesondert berichtet.



Termine

- 09. November 1986
"Eine Region wehrt sich"
Menschenkette um den Flughafen Erbenheim
- 11. November 1986
Martinsumzug des Carneval- und Brauchtumvereins
- 15./16. November 1986
Tagung und Geflügelausstellung des Kleintierzuchtvereins in der Taunushalle
- 22. November 1986
Gruppenliedertag des Männergesangvereins in der Taunushalle
- 28. November 1986
Jahresabschlußfeier des TUS in der Taunushalle
- 06. Dezember 1986
Seniorenachmittag der SPD im gr. Saal des Gemeindezentrums
- 06. Dezember 1986
TUS - Fußballturnier AH I in der Taunushalle

Ober die meisten Probleme war sich der Ortsbeirat einig oder fast einig: Ober die Forderung der Grünen, Sammelbehälter für Hundekot aufzustellen (auch wenn Skepsis vorherrschte, ob das, was in Weggis in der Schweiz funktioniert auch bei uns funktionieren wird); über die Verbesserung der Busanbindung zum Westring in den Abendstunden und an den Wochenenden und die Verbindung zum Hauptbahnhof (Anträge von CDU und SPD); über den Ausbau der innerörtlichen Fuß- und Radwege; über die Generalsanierung des Dachs der Trauerhalle und des Dachs des Gemeindezentrums und über die Schulwegsicherung am HL-Markt in der Heerstraße. Auch ist keiner gegen Verkehrsberuhigung. Die SPD hat sich bei einem entsprechenden Antrag zum Nachtragshaushalt der Stimme enthalten, weil mangels vorhandener Planungen die Anmeldung erst im nächsten ordentlichen Haushalt sinnvoll ist.



SEPP-HERBERGER-PREIS
nach Nordenstadt

Der Jugendabteilung der Fachschaft Fußball des TUS Nordenstadt wurde am 20. Oktober 1986 der Sepp-Herberger-Preis verliehen. Mit dieser Anerkennung soll die ausgezeichnete Jugendarbeit beim TUS Nordenstadt gewürdigt werden. Die seit Jahren intensiv betriebene Jugendarbeit der Nordenstadter Fußballer hat dazu geführt, daß heute 170 Jugendliche in mehreren Mannschaften aktiv sind. Jugendleiter Horst SCHWEINBERGER konnte denn auch mit Stolz auf die geleistete Arbeit verweisen. Herzlichen Glückwunsch auch von den NORDENSTADT NACHRICHTEN.

Die relative Einmütigkeit darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß dann, wenn Dinge konkret werden, sich tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten zeigen. Das ist wohl unvermeidlich; ich hoffe, daß es gelingt, den Meinungsstreit fair und sachlich auszutragen.

Sepp Herberger